

**Die Aufgliederung der Kondiktionen in der moder-  
nen Zivilrechtsdogmatik in ihren Auswirkungen  
auf das Internationale Privatrecht**

**Inaugural-Dissertation**

zur Erlangung des akademischen Grades eines  
Doktors der Rechte durch die Rechts- und Staats-  
wissenschaftliche Fakultät der Westfälischen  
Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von

**Lothar Knoch**

aus Magdeburg

**1963**

1962







Digitized by the Internet Archive  
in 2026

**Die Aufgliederung der Kondiktionen in der moder-  
nen Zivilrechtsdogmatik in ihren Auswirkungen  
auf das Internationale Privatrecht**

**Inaugural-Dissertation**

zur Erlangung des akademischen Grades eines  
Doktors der Rechte durch die Rechts- und Staats-  
wissenschaftliche Fakultät der Westfälischen  
Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von

**Lothar K n o c h**

aus Magdeburg

**1963**

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Fikentscher

2. Berichterstatter: Prof. Dr. Nörr

Dekan: Prof. Dr. Schelsky

Tag der mündlichen Prüfung: 15. Dezember 1962



## Inhaltsübersicht

|                                                                                                                                                                      |    |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Einleitung                                                                                                                                                           | 1  |
| 1. Kapitel: Kritische Darstellung der bisherigen kollisionsrechtlichen Behandlung der ungerechtfertigten Bereicherung durch Lehre und Rechtsprechung in Deutschland. |    |
| I. Die Lehre                                                                                                                                                         |    |
| 1. Bis zum Inkrafttreten des BGB                                                                                                                                     | 2  |
| 2. Nach dem Inkrafttreten des BGB                                                                                                                                    | 6  |
| a. Die doppelte Anknüpfung                                                                                                                                           | 7  |
| b. Trennung von rechtsgeschäftlicher und nichtrechtsgeschäftlicher Bereicherung                                                                                      | 10 |
| c. Die einheitliche Anknüpfung                                                                                                                                       | 14 |
| 3. Die einzelnen Anknüfungsprinzipien                                                                                                                                | 15 |
| a. Die lex loci actus                                                                                                                                                | 15 |
| b. Die lex domicilii debitoris                                                                                                                                       | 19 |
| c. Die lex patriae debitoris                                                                                                                                         | 23 |
| d. Die lex causae condictionis                                                                                                                                       | 25 |
| II. Die Rechtsprechung                                                                                                                                               | 27 |
| 2. Kapitel: Überblick über die kollisionsrechtliche Lehre und Rechtsprechung einiger ausländischer Staaten zu Fragen der ungerechtfertigten Bereicherung.            | 34 |
| I. Die Schweiz                                                                                                                                                       | 34 |
| II. Österreich                                                                                                                                                       | 37 |
| III. Frankreich                                                                                                                                                      | 40 |
| IV. England                                                                                                                                                          | 43 |
| V. Die Vereinigten Staaten                                                                                                                                           | 48 |
| 3. Kapitel: Die Typen der Kondiktionsansprüche in ihren Auswirkungen auf das Internationale Privatrecht.                                                             | 51 |
| I. Die Leistungskondiktion                                                                                                                                           | 53 |
| II. Die Bereicherung aus fremdem Gut                                                                                                                                 | 57 |
| III. Rückgriffsfälle als Bereicherungsansprüche                                                                                                                      | 67 |

|                                                             |    |
|-------------------------------------------------------------|----|
| IV. Verschiedene Varianten der Kondiktions-<br>ansprüche    | 71 |
| 1. Bereicherungsansprüche wegen Verwen-<br>dungen           | 71 |
| 2. Unentgeltliche Bereicherung zum Schaden<br>eines anderen | 73 |
| 3. Der Versionsanspruch                                     | 76 |
| 4. Bereicherung durch unerlaubte Handlung                   | 78 |
| V. Sonderfragen einer soziologischen Einbet-<br>tung        | 80 |
| Zusammenfassung                                             | 83 |
| Abkürzungen                                                 | 85 |
| Schrifttum                                                  | 86 |

### Einleitung

Nur wenige Rechtsgebiete des Internationalen Privatrechts sind von der Wissenschaft so wenig erforscht worden wie das der ungerechtfertigten Bereicherung. Abgesehen von der Arbeit Zweigerts "Bereicherungsansprüche im internationalen Privatrecht"<sup>1</sup> und der Dissertation von Balastér<sup>2</sup> fehlen bis in die neueste Zeit eingehende Untersuchungen dieser Materie. Die Ursache mag darin zu suchen sein, daß die innerstaatlichen Lehren von der ungerechtfertigten Bereicherung einem lebhaften Meinungsstreit unterlagen, der bis heute noch nicht abgeschlossen zu sein scheint. Inwieweit die Arbeit von Caemmerers "Bereicherung und unerlaubte Handlung"<sup>3</sup> diesen Streit beenden kann, bleibt abzuwarten.

Die Bedeutung der von ihm entwickelten Aufgliederung der Konditionen für die Lösung des kollisionsrechtlichen Problems der ungerechtfertigten Bereicherung hat von Caemmerer selbst erkannt<sup>4</sup>. Mit den vorliegenden Untersuchungen soll der Versuch unternommen werden, die von von Caemmerer entwickelten Gedanken für die Behandlung der ungerechtfertigten Bereicherung im Internationalen Privatrecht weiter auszuwerten.

---

1 SJZ 1947 S. 247 ff

2 Die ungerechtfertigte Bereicherung im internationalen Privatrecht (1955)

3 Festschrift für Ernst Rabel, Bd. I S. 333 ff

4 von Caemmerer S. 388

## 1. Kapitel

### Kritische Darstellung der bisherigen kollisionsrechtlichen Behandlung der ungerechtfertigten Bereicherung durch Lehre und Rechtsprechung in Deutschland.

#### I. Die Lehre

##### 1. Bis zum Inkrafttreten des BGB

Ein kurzer Rückblick auf die bisherige Lehre soll die enge Verbindung zeigen, welche zwischen den innerstaatlichen und internationalprivatrechtlichen Anschauungen zu der Frage der ungerechtfertigten Bereicherung bestand, und Grundlage für die weiteren Erörterungen sein.

In der Lehre um die Mitte des 19. Jahrhunderts trifft man in Deutschland, ausgehend von der aus dem römischen Recht überkommenen Klassifizierung der Bereicherungsansprüche als obligationes quasi ex contractu, auch in der internationalprivatrechtlichen Lehre eine einheitliche Behandlung dieser Obligationen an. So will Schaeffner<sup>1</sup> die Verbindlichkeiten aus Quasikontrakten einheitlich an die Gesetze des Ortes anknüpfen, "wo sie existent geworden" sind. Die Versuche, ein einheitliches Anknüpfungsprinzip für alle Obligationen quasi ex contractu zu finden, wurden bis in die Zeit der Vorarbeiten zum BGB nicht aufgegeben. Mommsen<sup>2</sup> postulierte als allgemeines Prinzip, nach welchem die Obligationen quasi ex contractu und quasi ex delicto angeknüpft werden sollen, das Recht des Ortes, "an welchem die die Verpflichtung begründende Tatsache eingetreten ist". Auch von Bar<sup>3</sup> war bemüht, für alle Obligationen quasi ex contractu ein gemeinsames Anknüpfungsprinzip zu finden. Grundsätzlich sollte nach seiner Ansicht die lex loci actus über diese Obligationen entscheiden.

---

1 Schaeffner S. 123 ff

2 Mommsen S. 178

3 v. Bar, Lehrbuch S. 123

Otto von Gierke<sup>4</sup> betrachtete alle gesetzlichen Verbindlichkeiten ebenfalls als eine Einheit. Innerhalb dieser Gruppe wollte er jedoch diejenigen Verbindlichkeiten, die aus einem Dauerverhältnis entspringen, an das Gesetz des Ortes, an dem sie bestehen, alle anderen an das Gesetz des Ortes, wo der Tatbestand sich verwirklicht hat, anknüpfen.

Es waren allerdings auch schon Ansätze einer differenzierten Behandlung der Schuldverhältnisse aus Quasikontrakten vorhanden. Böhm<sup>5</sup> wollte auf diese Obligationen zwar grundsätzlich die *lex domicilii debitoris* angewendet wissen, auf die Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung sollte jedoch die *lex loci actus* mit der Maßgabe anzuwenden sein, daß der Mangel des rechtlichen Grundes nach den Gesetzen zu beurteilen sei, die das Verhältnis beherrschen, welches die Zahlung oder Hingabe veranlaßt habe.

Eine getrennte Behandlung der Schuldverhältnisse, die auf vertragsähnlichen Vorgängen oder unmittelbar auf dem Gesetz beruhen, hat Gebhard<sup>6</sup> im § 12 seines ersten Entwurfes vorgenommen. Forderungen, denen ein Dauerverhältnis zugrunde liegt, sollten nach dem Recht des Ortes, an welchem das Verhältnis selbst besteht, beurteilt werden, alle anderen Schuldverhältnisse jedoch nach dem Wohnsitz des Schuldners. Im zweiten Entwurf<sup>7</sup> hat er jedoch im § 13 die Trennung fallen gelassen und alle derartigen Schuldverhältnisse an das Wohnsitzrecht des Schuldners angeknüpft.

Die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfes eines bürgerlichen Gesetzbuches entschied sich für eine einheitliche Behandlung aller Verbindlichkeiten aus Quasikontrakten. Nach der Fassung des § 7 sollten alle Schuld-

---

4 Gierke S. 234 Ziff. 3

5 Böhm S. 138

6 vgl. Niemeyer, Vorgeschichte des IPR S. 6

7 wie Anm. 6 jedoch S. 15

verhältnisse, die unmittelbar auf dem Gesetz beruhen, nach den Gesetzen des Ortes beurteilt werden, an dem sich der für die Entstehung des Schuldverhältnisses maßgebende Tatbestand verwirklicht hat<sup>8</sup>.

In der Bundesratsvorlage wurde der Gedanke einer einheitlichen Behandlung derjenigen Schuldverhältnisse beibehalten, die auf einem anderen Grunde als auf Rechtsgeschäften unter Lebenden oder unerlaubten Handlungen beruhen<sup>9</sup>.

Heute bedarf es keiner Begründung mehr, daß es ein müßiges Unterfangen war, für derartig verschiedene Schuldverhältnisse ein einheitliches Anknüpfungsprinzip zu suchen. Zwar gab es auch damals schon Stimmen, die sich gegen eine einheitliche Behandlung dieser verschiedenen Schuldverhältnisse aussprachen, doch vermochten sie sich nicht durchzusetzen<sup>10</sup>.

Niemeyer<sup>11</sup> erkannte sogar, daß nicht einmal eine einheitliche Regelung für die ungerechtfertigte Bereicherung möglich sei, da die einzelnen Fälle "aufs verschiedenartigste gelagert" seien. Diese Erkenntnis führte allerdings bei ihm zu einer völligen Aufgabe der Bemühungen, die Bereicherungsansprüche kollisionsrechtlich gesondert zu behandeln. Es sollten vielmehr die einzelnen Bereicherungstatbestände bald den Rechtsgeschäften und bald den Delikten gleichbehandelt werden.

---

8 Protokolle Bd. VI S. 44

9 § 2368 des Entwurfes eines Bürgerlichen Gesetzbuches in der Fassung der Bundesratsvorlage hatte folgenden Wortlaut:  
"Ein Schuldverhältnis, das auf einem anderen Grunde als auf einem Rechtsgeschäft unter Lebenden oder einer unerlaubten Handlung beruht, wird nach den Gesetzen des Ortes beurteilt, an welchem sich der für die Entstehung des Schuldverhältnisses in Betracht kommende Tatbestand verwirklicht, sofern sich nicht aus den deutschen Gesetzen ein Anderes ergibt."

10 Protokolle für die II. Lesung Bd. VI S. 45 ff

11 Niemeyer, Vorschläge und Materialien S. 244

Nicht unerwähnt bleiben darf der Gesetzentwurf eines Internationalen Privatrechts von Neumann<sup>12</sup>. Er faßte zwar im § 17 seines Entwurfes die gesetzlichen Schuldverhältnisse, "welche nicht familien- oder erbrechtlicher Natur sind," noch zu einer Gruppe zusammen, schlug für diese Gruppe, zu der auch die ungerechtfertigte Bereicherung zu rechnen ist<sup>13</sup>, jedoch eine weitgehend differenzierte Anknüpfung vor.

So sollten diese Schuldverhältnisse, "wenn die Tatsache, aus welcher das Schuldverhältnis abgeleitet wird, aus Anlaß eines zwischen den Parteien bestehenden Rechtsverhältnisses eingetreten ist, in Gemäßheit der für dieses Rechtsverhältnis maßgebenden Bestimmungen" beurteilt werden. Wenn die Tatsache jedoch nicht aus Anlaß eines bestehenden Rechtsverhältnisses eingetreten sei, "so bestimmt sich das maßgebende Recht nach dem am Orte ihres Eintritts geltenden internationalen Privatrecht, wenn derselbe der Natur der Sache nach nur an diesem Orte erfolgen konnte". In der weiteren Regelung war bestimmt, daß, wenn "die Tatsache nur zufällig an diesem Orte eingetreten" sei, "das maßgebende Recht nach dem internationalen Privatrecht des gemeinschaftlichen Wohnsitzrechts und in Ermangelung eines solchen nach demjenigen des gemeinschaftlichen persönlichen Rechts der Beteiligten" zu bestimmen sei, "ist auch das persönliche Recht der Parteien nicht das gleiche," so sollte "das am Orte des Eintritts der Tatsache geltende internationale Privatrecht Anwendung" finden. Schließlich sollte, wenn "das Rechtsgebiet, in welchem die Tatsache eingetreten ist, nicht zu ermitteln ist, an Stelle desselben der Wohnsitz des Verpflichteten" treten "und wenn beide Parteien als Verpflichtete in Betracht kommen mangels übereinstimmenden Wohnsitzrechts, der Sitz des Prozeßgerichts".

---

12 Neumann S. 8

13 Neumann S. 95

Dieser Lösungsvorschlag ist nach dem heutigen Stande der Lehre von der Bereicherung zwar nicht geeignet, das Problem der kollisionsrechtlichen Behandlung der Konditionen zu lösen, er enthielt aber besonders durch die Anknüpfung an das Recht des Grundverhältnisses für die Fälle, die aus Anlaß eines Rechtsverhältnisses entstanden sind und durch Beachtung der Möglichkeit, daß der Ort, an dem die Bereicherung eingetreten ist, rein zufällig sein kann, einen deutlichen Hinweis auf die bei der Lösung zu beachtenden Probleme, so daß es verwunderlich erscheint, daß die Arbeit so wenig beachtet worden ist.

## 2. Nach dem Inkrafttreten des BGB

Mit dem Inkrafttreten des BGB wurden allmählich die Versuche aufgegeben, für die Vielzahl von Schuldverhältnissen, die auf Gesetz beruhen, ein einheitliches Anknüpfungsprinzip zu suchen. Man wandte sich nunmehr den speziellen Ansprüchen zu und folgte im Hinblick auf den Bereicherungsanspruch weitgehend der aus der Formulierung des § 812 BGB sich ergebenden und von der Lehre vertretenen<sup>14</sup> Trennung von "Leistung" und "in sonstiger Weise" und begann eine unterschiedliche Anknüpfung für die rechtsgeschäftliche und nichtrechtsgeschäftliche Bereicherung zu vertreten.

Für alle gesetzlichen Obligationen vertritt zwar von Mayr<sup>15</sup> noch die Auffassung, daß das Recht des Ortes maßgebend sei, an dem sich der für die Entstehung des Schuldverhältnisses in Betracht kommende Tatbestand verwirklicht hat. Für die spezielle Anknüpfung des Bereicherungsanspruches<sup>16</sup> trennt er in die Frage nach dem Rechtsgrund und dem Umfang der Herausgabepflicht. Über den Rechtsgrund soll das Recht des Ortes entscheiden, an dem das der Leistung zugrunde liegende Rechtsverhältnis seinen Sitz hat, über den Umfang

---

<sup>14</sup> vgl. Jung S. 26

<sup>15</sup> v. Mayr S. 103

<sup>16</sup> v. Mayr S. 104

der Bereicherung hingegen das Recht des Ortes, "an dem das aus der Bereicherung entstandene Schuldverhältnis zum Abschlusse gelangt oder zu erfüllen ist, an dem die grundlose Hingabe stattgefunden hat." Da für die nicht-rechtsgeschäftliche Bereicherung im Gegensatz zu der rechtsgeschäftlichen die beiden Fragen zusammenfallen würden, ergebe sich nach seiner Ansicht daraus die Notwendigkeit der Trennung.

In dieser Auffassung von Mayrs vereinigen sich zwei in einem grossen Teil der deutschen Lehre bis in die Gegenwart mit nur unwesentlichen Abweichungen vertretene Meinungen, nämlich einmal die Forderung nach einer doppelten Anknüpfung für den Rechtsgrund getrennt von dem Umfang der Herausgabepflicht und zum anderen die Suche nach einem unterschiedlichen Anknüpfungsprinzip für die rechtsgeschäftliche und die nichtsrechtsgeschäftliche Bereicherung.

#### a. Die doppelte Anknüpfung

Neumeyer<sup>17</sup> und Nußbaum<sup>18</sup> wollen die Vorfrage nach dem Rechtsgrund der Leistung ebenfalls von den übrigen Voraussetzungen des Bereicherungsanspruches getrennt anknüpfen. Angeknüpft werden soll die Vorfrage an die Rechtsordnung, der die Schuld im Falle ihrer Existenz unterstehen würde. Nußbaum hat für diese Rechtsordnung den Begriff des "konnexen Schuld- (Vertrags-) Statuts" geprägt. Auch Martin Wolff<sup>19</sup> trennt bei Konditionen nicht geschuldeter Leistungen die Anknüpfung der Frage, ob die Leistung geschuldet war oder nicht, von der nach dem Umfang und der Höhe des Bereicherungsanspruches und unterwirft die erste dem Recht, das für die Schuld maßgebend wäre, wenn sie bestanden hätte, die zweite dem Rechts des Leistungsgeschäfts.

---

17 Neumeyer S. 33

18 Nußbaum S. 294

19 Martin Wolff, Das IPR Deutschlands S. 169

Zitelmann<sup>20</sup> will die Wirksamkeit der rechtsgeschäftlichen Leistung nach deren eigenem Statut behandelt wissen, ansonsten aber den Kondiktionsanspruch an das Heimatrecht des angeblichen Schuldners anknüpfen.

Frankenstein<sup>21</sup> weist die gesamten Bereicherungsansprüche der Rechtsordnung des Bereicherten zu und läßt diese Rechtsordnung auch über die Frage entscheiden, welche Rechtsordnung zur Vorentscheidung über den Rechtsgrund berufen ist. Da diese Rechtsordnung jedoch in aller Regel schweigen würde, sei die Vorentscheidung dem Statut des Grundgeschäftes zu entnehmen.

Gegen die Bezeichnung der von Neumeyer und Nußbaum geforderten Sonderanknüpfung der Rechtsgrundlosigkeit als Vorfrage sprechen schon terminologische Bedenken. Man hat sich in der Lehre des Internationalen Privatrechts daran gewöhnt, als Vorfrage das Problem zu bezeichnen, das dadurch entsteht, daß eine Hauptfrage zu entscheiden ist, die eine Kollisionsnorm als Ganzes einer ausländischen Sachnorm zuweist und nun diese ausländische Sachnorm durch Bezugnahme auf das Ergebnis der Anwendung einer anderen Rechtsnorm ausgefüllt werden muß. Welche Rechtsnorm des materiellen Rechts zur Ausfüllung herangezogen werden muß, bestimmt die Kollisionsnorm des Statuts der Hauptfrage<sup>22</sup>. Der von Neumeyer und Nußbaum beschrittene Weg ist vielmehr, wie ihn Wengler<sup>23</sup> treffend bezeichnet, der Weg der "isolierten Anknüpfung von Teilinhalten", weshalb von Mayr, Martin Wolff, Zitelmann und Frankenstein auch die Verwendung des Ausdruckes "Vorfrage" vermieden haben dürften.

Daß ein solcher Weg ganz allgemein unzulässig sei, wenn es

---

20 Zitelmann S. 525

21 Frankenstein, IPR S. 391

22 vgl. Melchior S. 258 ff; Wengler S. 229 ff; Serick S. 642 ff; anderer Meinung: Kegel, Lehrbuch S. 105; je nach Lage des Einzelfalls: Raape S. 118 ff und Martin Wolff, Das IPR Deutschlands S. 79 ff

23 Wengler S. 230

sich um unselbständige Teilglieder eines Rechtsinstituts handelt, legt Serick<sup>24</sup> dar. Die unselbständigen Teilglieder sieht er in den eigentlichen Begriffsmerkmalen eines Rechtsinstituts, also in den gesetzlichen Tatbestandsmerkmalen. Dieser Auffassung zufolge kann man die Frage nach der Rechtsgrundlosigkeit schon deshalb nicht gesondert anknüpfen, weil es sich bei ihr um ein unselbständiges Teilglied, um ein gesetzliches Tatbestandsmerkmal handelt.

Eine isolierte Anknüpfung der Frage der Rechtsgrundlosigkeit, oder wie man richtiger mit von Caemmerer<sup>25</sup> sagt, der Unrechtmäßigkeit, neben den übrigen Voraussetzungen des Herausgabeanspruches ist aber auch aus anderem Grunde nicht möglich.

Es ist ja gerade - wie von Caemmerer nachgewiesen hat - die Unrechtmäßigkeit, die dem Kondiktionsanspruch Form und Inhalt gibt. Daß die Unrechtmäßigkeit und die weiteren Voraussetzungen eine untrennbare Einheit bilden wird schon dadurch ersichtlich, daß die Beantwortung der Frage, warum die die Vermögensverschiebung beherrschende Rechtsordnung diese für unrechtmäßig erklärt, allein geeignet ist, genaue Aussagen über den Gegenstand des Bereicherungsanspruches zu machen. Ein gewisses Indiz für die Zusammengehörigkeit von Unrechtmäßigkeit und den übrigen Voraussetzungen ist auch die Regelung im § 819 BGB, die an die Kenntnis des Bereicherten von der Unrechtmäßigkeit der Bereicherung Folgen hinsichtlich des Umfanges der Herausgabepflicht knüpft.

Die enge Verbindung von unrechtmäßigkeit mit den übrigen Voraussetzungen des Kondiktionsanspruches muß auch Nußbaum<sup>26</sup> für diejenigen Ansprüche anerkennen, bei denen ein bereits bestehendes Rechtsverhältnis aufgehoben worden ist, weshalb diese Bereicherungsfälle auch einheitlich angeknüpft werden sollen.

---

24 Serick S. 636 ff

25 v. Caemmerer S. 337

26 Nußbaum S. 294

Diejenige Rechtsordnung, die eine von ihr beherrschte Vermögensverschiebung als unrechtmäßig bezeichnet, muß auch die sich aus der Unrechtmäßigkeit ergebenden Folgen regeln. Jeder andere Lösungsversuch kann dem Institut der ungerechtfertigten Bereicherung nicht gerecht werden.

b. Trennung von rechtsgeschäftlicher und nichtrechtsgeschäftlicher Bereicherung

Eine andere Richtung in der internationalprivatrechtlichen Lehre versucht das Anknüpfungsproblem der Kondiktionsansprüche dadurch zu lösen, daß sie eine differenzierte Behandlung jener Ansprüche vorschlägt, die mit Beziehung auf ein Rechtsverhältnis und solcher, die ohne Beziehung auf ein Rechtsverhältnis entstanden sind.

Raape<sup>27</sup>, der in Anlehnung an Zweigert eine Trennung danach vornimmt, ob Rechtsbeziehungen zwischen dem Entreicherten und dem Bereicherten vorgelegen haben oder nicht, leitet seine Auffassung aus der Verschiedenheit der Bereicherungsgründe ab. Kegel<sup>28</sup> und Seufert<sup>29</sup> setzen die Richtigkeit dieser Aufteilung voraus und knüpfen daran ihre Schlußfolgerungen. Balastèr<sup>30</sup>, der einen ähnlichen Weg beschreitet und die Bereicherungstatbestände in rechtsgeschäftliche und nichtrechtsgeschäftliche trennt, will mit dieser Annahme "kollisionsrechtlich die Qualifikation des Begriffs der "ungerechtfertigten Bereicherung" der Spekulation mit den internrechtlichen causa-Lehren im Rahmen des möglichen" entziehen.

Auf einen interessanten Lösungsversuch in dieser Richtung trifft man bei Zweigert<sup>31</sup>. Dem Wortlaut nach will er zwar die Frage, ob der Bereicherte mit Rechtsgrund innehat, als

---

27 Raape S. 527

28 Kegel, Lehrbuch S. 215 u. in Soergel-Siebert Anm. 264 vor Art. 7 EGBGB

29 Seufert in Staudinger Anm. 62 zu § 812 BGB

30 Balastèr S. 80 ff

31 Zweigert Sp. 249, 252

eine Sonderanknüpfung behandelt wissen<sup>32</sup>; er knüpft jedoch an die Rechtsordnung, die über diese Frage entscheidet auch das ob und wie des Bereicherungsanspruches<sup>33</sup>, so daß eine Sonderanknüpfung im eigentlichen Sinne nicht vorliegt. Die Frage, ob der Bereicherte mit Rechtsgrund innehat, soll nach der Auffassung von Zweigert entweder von vornherein aus dem rein Tatsächlichen verneint werden können, oder es soll, falls eine vertragliche oder gesetzliche Beziehung in Betracht kommt, die Frage des Rechtsgrundes nach dem Recht beurteilt werden, dem diese mögliche Beziehung unterliegt. Weiter meint Zweigert, daß jede Bereicherungslage entweder auf einer isolierten dinglichen Wertverschiebung, die ein Rechtsgeschäft oder ein Realakt sein kann, oder auf einer Wertverschiebung im Rahmen einer obligatorischen Beziehung basiere.

Auch dieser Lösungsversuch führt zu keinem befriedigenden Ergebnis. Daß durch eine derartige Methode nichts für die kollisionsrechtliche Behandlung der Bereicherungsansprüche gewonnen werden kann, beweist allein schon die Tatsache, daß ihre Verfechter sich gezwungen sehen, die Bereicherungsfälle innerhalb der nicht im Zusammenhang mit einem Rechtsverhältnis stehenden Gruppe unterschiedlich zu behandeln<sup>34</sup>.

Wenn aber nicht einmal für die Grundvoraussetzungen der verschiedenen Fälle dieser Gruppe Übereinstimmung besteht, entfällt damit die Berechtigung zur Einführung einer solchen Gruppierung, die weder einen praktischen noch einen theoretischen Nutzen hat. Diese Klassifizierung beruht vielmehr - wie noch im 3. Kapitel dieser Arbeit versucht wird darzulegen - auf einer Verkennung der Bereicherungsansprüche und auf ihrer rein äußerlichen Handhabung.

Der Auffassung von Zweigert stehen in den grundsätzlichen Fragen schon Bedenken entgegen. So kann die Frage, ob

---

32 Zweigert Sp. 250

33 Zweigert Sp. 252

34 vgl. Kegel in Soergel-Siebert Anm. 265 vor Art. 7 EGBGB und Seufert in Staudinger Anm. 62 zu § 812 BGB

jemand mit Rechtsgrund innehat, oder anders ausgedrückt, ob der Vermögenszuwachs rechtmäßig ist, niemals von vornherein aus dem rein Tatsächlichen beurteilt werden. Es ist stets Sache einer Rechtsordnung, über Recht- oder Unrechtmäßigkeit zu entscheiden. Rein tatsächliche Vorgänge sind wertneutral, eine rechtliche Bewertung kann nur durch die Rechtsordnung erfolgen, der sie untergeordnet sind.

Aber auch die Richtigkeit und der praktische Nutzen des Versuches, alle Bereicherungslagen auf eine isolierte dingliche Wertverschiebung oder eine Wertverschiebung im Rahmen einer obligatorischen Beziehung zurückzuführen, müssen in Zweifel gezogen werden. So wird man, wenn überhaupt, nur mit erheblichen Schwierigkeiten den Fall in eine der beiden Gruppen unterbringen können, daß jemand irrtümlich einen anderen von dessen Schuld befreit. Eine obligatorische Beziehung liegt dem Vermögenszuwachs, d.h. der Schuldbefreiung nicht zugrunde, man wird darin aber auch schwerlich eine isolierte dingliche Wertverschiebung erblicken können, es sei denn, man erweitert den Begriff so, daß auch dieser Fall von ihm gedeckt wird, was jedoch zu einer völligen Aushöhlung dieses Begriffes führen würde.

Soweit es um die Beurteilung des praktischen Nutzens der von Zweigert vorgeschlagenen Aufgliederung der Bereicherungsansprüche geht, muß man davon ausgehen, daß eine Gruppenbildung nur dann geeignet sein kann, das kollisionsrechtliche Problem der Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung zu lösen, wenn die zu einer Gruppe vereinigten Kondiktionsfälle ihrem Wesen und ihrer Funktion nach Gemeinsames enthalten, das dazu angetan ist, einen für eine solche Gruppe einheitlichen Lösungsweg zu weisen. Es kann allerdings nicht darauf ankommen, für alle Fälle einer Gruppe ein einheitliches Anknüpfungsprinzip zu finden, im Gegenteil können die einzelnen Fälle einer solchen Gruppe durchaus verschiedene Anknüpfungsprinzipien erfordern, wichtig ist nur, daß die Gründe, die zur Bestim-

mung dieses oder jenes Prinzips führen, innerhalb einer Gruppe übereinstimmen. Diese Funktion erfüllt aber die von Zweigert gebildete Gruppe von Bereicherungsfällen, die auf einer isolierten dinglichen Wertverschiebung beruhen, nicht. Als einzige Aussage enthält sie ein Negatives, nämlich daß diese Fälle nicht im Zusammenhang mit einem Rechtsverhältnis entstanden sind. Die positive Aussage, daß es sich um eine *dingliche* Wertverschiebung handelt, ist, wie die vorangegangenen Erörterungen gezeigt haben, von zweifelhaftem Wert. Entweder faßt man den Begriff so weit, daß damit seine Berechtigung, auf das Realstatut zu weisen, entfällt oder man verwendet ihn im üblichen Sinne, dann können zahlreiche Kondiktionsfälle nicht von dieser Gruppe erfaßt werden, und zwar besonders die in verschiedenen Varianten auftretenden Fälle der Befreiung eines anderen von dessen Schuld, z. B. wenn der Großvater eines unehelichen Kindes diesem in der irrigen Annahme Unterhalt gewährt, der Erzeuger sei verstorben. Hier kann die Bereicherungslage nicht auf eine isoliert dingliche Wertverschiebung zurückgeführt werden, andererseits erfolgte die Vermögensverschiebung aber auch nicht im Rahmen einer obligatorischen Beziehung. Weitere Fälle, in denen die Vermögensverschiebung nicht im Rahmen eines Vertragsverhältnisses erfolgt ist, es sich aber auch nicht um eine isolierte dingliche Wertverschiebung handelt, sind denkbar, beispielsweise bei Verwendung fremder oder eigener Arbeitskraft auf eine fremde Sache.

Eine eigenartige Unterscheidung der Bereicherungsansprüche nimmt Neubecker<sup>35</sup> vor. Er stellt den Bereicherungsansprüchen, die sich als Folge eines Vertragsverhältnisses darstellen, die Kondiktionsansprüche gegenüber, die als Folge von Deliktstatbeständen entstehen. Für den ersten Fall hält er das Recht des Hauptverhältnisses auch für die Bereicherungsansprüche, im zweiten Fall die *lex delicti commissi* für maßgebend. Auch eine derartige Behandlung der Kondiktionsansprüche vermag das Problem nicht zu

---

35 Neubecker S. 86

lösen. Es ist schon zweifelhaft, welche Fälle Neubecker als Folgen von Deliktstatbeständen erfassen will, aber selbst bei weitester Auslegung sind nicht alle Konditionen, die nicht Folge eines Vertragsverhältnisses sind, unter diese Gruppe zu bringen. Ob die typischen Deliktstatbestände hingegen, auch wenn die Voraussetzungen der allgemeinen Bereicherungstatbestände nicht gegeben sind, Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung erzeugen, ist in der Lehre umstritten, dürfte jedoch zu verneinen sein<sup>36</sup>.

### c. Die einheitliche Anknüpfung

Es nimmt nicht Wunder, daß die internrechtliche Lehre von der Einheit aller Bereicherungsansprüche, wie sie beispielsweise von Krawielicki<sup>37</sup> vertreten wird, auch bis in die neuere Zeit einen Einfluß auf die kollisionsrechtliche Lehre in der Weise ausgeübt hat, daß versucht wurde, für alle Bereicherungsfälle ein einheitliches Anknüpfungsprinzip zu finden.

Cosack<sup>38</sup> knüpft alle Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung an die *lex loci actus* an, die jedoch in den meisten Fällen mit der *lex domicilii debitoris* zusammenfallen soll. Zitelmann<sup>39</sup> spricht dem Heimatrecht des angeblichen Schuldners maßgebende Kraft für die Entscheidung über alle Bereicherungsansprüche zu. Auch Frankenstein<sup>40</sup> sieht die Rechtsordnung des Bereicherten als diejenige an, die angerufen wird, um ihn zu zwingen, die unrechtmäßige Vermögensverschiebung rückgängig zu machen.

Wie die innerstaatliche Lehre von der Einheit aller Bereicherungsansprüche dieser keinen brauchbaren Dienst erweisen konnte<sup>41</sup>, so müssen auch die Bemühungen, sie für

---

36 vgl. von Caemmerer S. 394 ff

37 Krawielicki S. 2

38 Cosack S. 622

39 Zitelmann S. 525

40 Frankenstein, IPR S. 391

41 vgl. von Caemmerer S. 337 und Kapitel 3 dieser Arbeit

eine kollisionsrechtliche Behandlung der Bereicherungsprobleme zu nutzen, fehlschlagen. Es zeigt sich, daß es für die Verfechter einer einheitlichen Anknüpfung aller Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung notwendig war, von den typischen Merkmalen der einzelnen Fälle zu abstrahieren und ein Anknüpfungsprinzip zu suchen, bei dem sie die Beachtung solcher Merkmale zwar vernachlässigen konnten, dafür aber auch zu keiner brauchbaren Lösung kamen. Die Gründe für die Unbrauchbarkeit der gewählten Anknüpfungsprinzipien werden im Folgenden bei der Untersuchung der einzelnen Anknüpfungsprinzipien näher zu erörtern sein.

### 3. Die einzelnen Anknüpfungsprinzipien

Betrachtet man nun die Ergebnisse, die in Durchführung der verschiedenen Methoden von der Lehre gefunden worden sind, so trifft man, wie aus den bisherigen Darlegungen bereits andeutungsweise hervorging, auf eine Vielzahl von Auffassungen. Um diese einer kritischen Betrachtung unterziehen zu können, muß versucht werden, sie zu kategorisieren. Dafür bietet sich der auch von Balastèr<sup>42</sup> verfolgte Weg an, nach den in der Lehre vertretenen vier Arten von Anknüpfungsprinzipien vorzugehen, der *lex loci actus*, der *lex domicilii debitoris*, der *lex patriae* und der *lex causae conditionis*.

#### a. Die *lex loci actus*

Die reine Verwirklichung der Anknüpfung von Ansprüchen aus ungerechtfertigter Bereicherung an die *lex loci actus* trifft man vorwiegend bei einigen älteren Autoren an, so, wie bereits dargetan, bei Schaeffner<sup>43</sup> und Mommsen<sup>44</sup>. Auch der Entwurf zum BGB<sup>45</sup> sah eine Anknüpfung an die *lex loci*

42 Balastèr S. 30 ff

43 Schaeffner S. 123 ff

44 Mommsen S. 178

45 E I § 7; E II rev. § 2368

actus vor. Von dem Grundsatz - locus regit actum - ausgehend weist Barazetti<sup>46</sup> die Bereicherungsansprüche dem Gesetz des Ortes zu, "wo die die Verbindlichkeit erzeugende Handlung vorgenommen worden ist, bzw. wo der Zustand sich verwirklichte, auf welche die Obligation sich gründen soll". Cosack<sup>47</sup> glaubt zwar auch, an die lex loci actus anknüpfen zu müssen, nimmt jedoch an, daß diese meistens auch die lex domicilii debitoris sein wird. Gierke<sup>48</sup> hält die lex loci actus für solche Ansprüche für maßgebend, die nicht einem dauernden Verhältnis entspringen. Regelsberger<sup>49</sup> will nur die Haftung wegen verwerflichen Vermögenserwerbs der lex loci actus unterstellen. Böhm<sup>50</sup>, Mayr<sup>51</sup> und Neumeyer<sup>52</sup> knüpfen die Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung ebenfalls an die lex loci actus an, sie weisen nur die Frage nach dem Rechtsgrund einer besonderen Rechtsordnung zu. Neumeyer begründet das von ihm vertretene Anknüpfungsprinzip damit, daß bei der ungerechtfertigten Bereicherung, ähnlich wie bei Delikten, ein Ausgleich zwischen rechtlich unverbundenen Personen geschaffen werden soll, weshalb grundsätzlich auch die Rechtsordnung am Orte des Rechtswirkungen erzeugenden Vorganges den Ausschlag geben müsse.

Auch von Bar<sup>53</sup>, der ebenfalls für die grundsätzliche Anwendung der lex loci actus eintritt, sucht die Begründung darin, daß das allgemeine Ordnungsinteresse auf einem bestimmten Territorium es verlange, das Territorialgesetz

---

46 Barazetti S. 56/57

47 Cosack S. 622

48 v. Gierke S. 234 Ziff. 3

49 Regelsberger S. 175

50 Böhm S. 138

51 Mayr S. 103

52 Neumeyer S. 33

53 v. Bar, Lehrbuch S. 123

desjenigen Ortes anzuwenden, wo das angeblich verpflichtende Ereignis stattgefunden haben soll. Jeder Staat müsse nach seinem Ermessen bestimmen können, daß Fremde, die sich in seinem Territorium aufhalten, ebenfalls dieser Ordnung unterworfen seien. Deshalb kommt von Bar auch zu der Einschränkung, daß nach der *lex loci actus* nur derjenige verpflichtet werden kann, der sich im Gebiet dieser Rechtsordnung aufhält oder dessen Personalstatut die *lex loci actus* ist<sup>54</sup>. Die Frage, nach welcher Rechtsordnung verfahren werden soll, wenn sich der Verpflichtete weder im Gebiet der *lex loci actus* aufhält noch diese sein Personalstatut ist, bleibt offen.

Für einzelne Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung mag die Anknüpfung an die *lex loci actus* trotz der noch darzulegenden dogmatischen Bedenken brauchbare Ergebnisse hervorzubringen, so z. B., ohne den späteren Ausführungen vorgreifen zu wollen, wenn im Falle des Verbrauches fremden Guts durch Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung die *lex loci actus* gleichzeitig die *lex rei sitae* sein wird, als allgemeines Prinzip muß sie jedoch abgelehnt werden.

Gegen die *lex loci actus* als ein allgemeines Anknüpfungsprinzip für alle Kondiktionsansprüche spricht in erster Linie, daß die Bereicherung sich oft rein zufällig an diesem oder jenen Ort verwirklicht haben kann. Ein Beispiel mag das verdeutlichen. Ein deutscher Kaufmann trifft auf einer Geschäftsreise in die Türkei zufällig einen englischen Geschäftspartner und schließt dort unter Vereinbarung von englischem Recht mit diesem einen Kaufvertrag ab und zahlt sofort den Kaufpreis. Später stellt sich die Nichtigkeit des Kaufvertrages heraus und der deutsche Kaufmann verlangt den von ihm gezahlten Kaufpreis heraus. Es dürfte kein Zweifel daran bestehen, daß die Türkei der Ort ist, an dem die die Verpflichtung begründende Tatsache eingetreten ist. Danach müßte nach Auffassung der Anhänger des Anknüpfungsprinzips der *lex loci actus* türkisches Recht über den Anspruch des deutschen Kaufmanns entscheiden. Hätten die beiden Kaufleute sich nun nicht in der Türkei, sondern in

Frankreich, Italien oder wo sonst auch immer getroffen und dort genau so gehandelt wie in der Türkei, so müßten diese Rechtsordnungen über den Anspruch des deutschen Kaufmanns entscheiden. Daß ein solches Ergebnis im höchsten Grade unbefriedigend ist, bedarf keiner Erörterungen.

Aber auch die Begründung für die *lex loci actus* als allgemeines Anknüpfungsprinzip für die Kondiktionsansprüche wie sie von Neumeyer und insbesondere von v. Bar gegeben wird, vermag nicht zu überzeugen. Wenn Neumeyer für die Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung darauf abstellt, daß es sich bei ihnen um einen Ausgleich rechtlich unverbundener Personen handelt, und damit eine Ähnlichkeit zu den Deliktsansprüchen begründet, so stehen insofern dieser Auffassung schon Bedenken gegenüber, als die Ähnlichkeit nur rein äußerlicher Art ist. Wichtig ist zwar, daß im Zeitpunkt ihrer Geltendmachung die Bereicherungsansprüche zwischen rechtlich unverbundenen Personen bestehen, für einen großen Teil dieser Ansprüche ist es jedoch gerade charakteristisch, daß zwischen den Beteiligten einmal eine rechtliche Bindung bestand oder doch wenigstens das Bestehen einer solchen Bindung gewollt oder angenommen wurde. Da das Bestehen oder die Annahme einer solchen rechtlichen Bindung ursächlich für die Vermögensverschiebung war, kann man nicht für einen Ausgleichsanspruch von ihr absehen und den Kondiktionsanspruch nur im Zeitpunkt seiner Geltendmachung betrachten. Der Bereicherungsanspruch muß vielmehr als eine - wenn auch selbständige - Folge der vorhandenen, gewollten oder doch wenigstens angenommenen Bindung gesehen werden.

Auch das von v. Bar angeführte allgemeine Ordnungsinteresse innerhalb eines bestimmten Territoriums vermag das Anknüpfungsprinzip der *lex loci actus* für alle Kondiktionsansprüche nicht zu stützen. Der Bereicherungsanspruch ist von keiner anderen Qualität als beispielsweise der Rückzahlungsanspruch aus Darlehn oder Wandlung, insbesondere ist das Bereicherungsrecht kein Recht höherer Ordnung<sup>55</sup>.

---

<sup>55</sup> vgl. von Caemmerer S. 339; Wilburg S. 21

Es ist deshalb nicht möglich in dem Kondiktionsrecht einen Teil der öffentlichen Ordnung zu sehen und daran die Forderung zu knüpfen, daß zur Erhaltung dieser öffentlichen Ordnung das Territorialgesetz auf alle Fälle von Bereicherungstatbeständen, die sich auf diesem Territorium verwirklicht haben, anzuwenden sei, das oben angeführte Beispiel vermag das zu verdeutlichen. Die öffentliche Ordnung in der Türkei wird in keiner Weise durch den Bereicherungsanspruch des deutschen Kaufmann gegen seinen englischen Geschäftspartner berührt; ob und wie ein solcher Anspruch verwirklicht werden kann, liegt völlig außerhalb des Ordnungsinteresses der Türkei.

In der Anknüpfung an die *lex loci actus* kann also für die Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung kein brauchbares Prinzip erblickt werden.

#### b. Die *lex domicilii debitoris*

Die Verwirklichung des Anknüpfungsprinzips der *lex domicilii debitoris* trifft man in der reinsten Form in den Gebhardtschen Entwürfen<sup>56</sup>. Im § 12 Abs. II des ersten Entwurfes wird zwar noch die Einschränkung gemacht, daß beim Vorhandensein eines Dauerverhältnisses, wie z. B. der Vormundschaft, über einen im Zusammenhang mit diesem entstehenden Kondiktionsanspruch das Recht des Ortes entscheidet, an dem dieses Verhältnis besteht. Diese Einschränkung ist jedoch im § 13 des zweiten Entwurfes ersatzlos weggefallen.

Nußbaum<sup>57</sup> will ebenfalls die Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung an die *lex domicilii debitoris* anknüpfen. Er begründet seine Ansicht damit, daß diese Ansprüche in der Regel dadurch charakterisiert seien, daß jemand ohne sein Zutun in die Lage des Schuldners gerate, und es des-

---

<sup>56</sup> vgl. Niemeyer, Vorgeschichte des IPR S. 6 u. S. 15

<sup>57</sup> Nußbaum S. 294

halb der natürlichen Gerechtigkeit entspreche, dem Schuldner nur Verpflichtungen aufzuerlegen, die das Recht, unter dem er lebt, kenne. Für solche Kondiktionsansprüche, die infolge der Aufhebung eines Vertrages durch "Anfechtung, Rücktritts, Nichterfüllung u.dgl." entstanden sind, sei jedoch das Statut maßgebend, dem der Vertrag unterstand.

Neuner<sup>58</sup> und Regelsberger<sup>59</sup> vertreten die Anknüpfung an die lex domicilii debitoris nur für einzelne Arten von Bereicherungsansprüchen. Neuner will das Wohnsitzrecht des Empfänger nur dann anwenden, wenn ein Rechtsverhältnis, auf Grund dessen geleistet wurde, nie existiert hat. Regelsberger vertritt die Anknüpfung an die lex domicilii debitoris nur bei grundlosem, aber nicht verwerflichen Vermögenserwerb.

Weder die grundsätzliche Konzeption der Gebhardschen Entwürfe noch die Anknüpfung einzelner Bereicherungsstatbestände an die lex domicilii debitoris ergeben brauchbare Lösungen für die kollisionsrechtliche Behandlung der ungerechtfertigten Bereicherung. Die von Nußbaum gegebene Begründung ist nicht stichhaltig. Es ist sicher nicht richtig, anzunehmen, es sei für die Kondiktionsansprüche in der Regel charakteristisch, daß der Bereicherte ohne sein Zutun in die Lage des Schuldners gerate. Eine nicht unbeachtliche Gruppe von Bereicherungsstatbeständen zeichnet sich geradezu dadurch aus, daß die Bereicherungslage durch Handlungen des Bereicherten geschaffen wurde. Es sind dies die Fälle der Eingriffskondiktion, oder wie man sie mit von Caemmerer<sup>60</sup> bezeichnen kann, Fälle der Bereicherung aus fremdem Gut. In diesen Fällen hat der Bereicherte fremdes Gut gebraucht, verbraucht, genutzt oder verwertet, während der Entreicherte in aller Regel passiv

---

58 Neuner S. 122 Anm. 1

59. Regelsberger S. 175

60 von Caemmerer S. 352

war. Verwendet z. B. A für den Bau seines Hauses Ziegelsteine, die im Eigentum seines Nachbarn B standen, so ist die Bereicherungslage durch das aktive Verhalten des A als des Bereicherten entstanden, während B völlig passiv war. Nicht anders verhält es sich, wenn ein in einem Hotel übernachtender Künstler einer plötzlichen Eingebung folgend auf einem Brett des im Eigentum des Hoteliers stehenden Schrankes einen wertvollen Holzschnitt anfertigt; auch in diesem Fall entsteht die Bereicherungslage nur durch das Tun des Bereicherten. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

Aber auch in den Fällen der Leistungskondition ist es genau so gut denkbar, daß das Verhalten des Bereicherten ursächlich für die Vermögensverschiebung war, so in den Fällen nach wirksamer Anfechtung eines Rechtsgeschäfts wegen Täuschung oder Drohung durch den Bereicherten. Bei dieser Vielzahl von Möglichkeiten, in denen der Bereicherte gerade durch sein Tun in die Lage des Bereicherungsschuldners geraten ist, kann man es nicht als ein Charakteristikum der Kondiktionsansprüche bezeichnen, daß er als passiver Teil in die Schuldnerposition gedrängt wird. Es ist vielmehr eine Ausnahme, daß Handlungen des Bereicherten nicht für die Vermögensverschiebung kausal sind; der wichtigste Fall wird hierfür in der abgeirrten Leistung zu sehen sein, d. h. wenn jemand die Adresse des Zahlungsempfängers verwechselt und Geld nicht an A, sondern irrtümlich an B schickt, dem er aus keinem Grunde verpflichtet ist. Ob für diesen Ausnahmefall die Anknüpfung an die *lex domicilii debitoris* geboten ist, soll später erörtert werden.

Die von Nußbaum für die Kondiktionsansprüche, die als Folge der Aufhebung eines Vertrages durch Anfechtung, Rücktritt u. dgl. entstanden sind, gemachten Ausnahmen führen in der praktischen Anwendung zwar zu durchaus brauchbaren Ergebnissen, die theoretisch systematische Behandlung gibt jedoch zu Bedenken Anlaß.

Offensichtlich wollte Nußbaum die Fälle einer Ausnahmeregelung unterziehen, bei denen ein wirksamer Rechtsgrund in Form eines Vertrages wenigstens vorübergehend bestanden

hat. Nun wird aber ein Vertrag, von dem ein Teil wirksam zurückgetreten ist, von der h. M. so angesehen, als hätte er nie existiert, was die Frage aufdrängt, welche Unterschiede für die Unrechtmäßigkeit der Bereicherung dann im Vergleich zu dem nichtigen Vertrage bestehen, der ebenfalls nie existiert hat. In beiden Fällen soll der Bereicherungsanspruch der Rückabwicklung wegen Fehlens eines Kausalverhältnisses dienen. Der einzige Unterschied ist darin zu sehen, daß der eine Vertrag für eine gewisse Zeit bestand, dann ex tunc vernichtet wurde, während der andere gar nicht erst zustande gekommen ist, sondern sofort nichtig war. Der vorübergehende Bestand des einen Vertrages kann eine unterschiedliche Behandlung jedoch nicht rechtfertigen. Stets ist es eine bestimmte Rechtsordnung, der im Falle der Nichtigkeit des gewollten oder im Falle der Anfechtung oder des Rücktritts vom abgeschlossenen Vertrage dieser unterstehen sollte bzw. unterstanden hat. Ob eine Rechtsordnung an bestimmte Tatbestände nun die Nichtigkeitsfolge knüpft und damit ein Rechtsverhältnis gar nicht zur Entstehung kommen läßt oder ob sie die Möglichkeit der Vernichtung eines zwar entstandenen Rechtsverhältnisses mit Rückwirkung einräumt, ist eine Frage der Ausgestaltung dieser Rechtsordnung und kann zu keiner unterschiedlichen kollisionsrechtlichen Behandlung führen. Es wäre verfehlt anzunehmen, daß im Falle eines nichtigen Vertrages, da überhaupt keine rechtliche Bindung zustande gekommen ist, genau so verfahren werden müßte, als hätten gar keine irgendwie gearteten Beziehungen zwischen den Parteien bestanden. Die Vertragsparteien haben bei dem "Abschluß" eines Vertrages regelmäßig die Eingehung von rechtlichen Bindungen, die einer bestimmten Rechtsordnung unterstanden, gewollt. Wenn die gewollten Bindungen für nichtig erklärt werden, dann muß diese Rechtsordnung genau so die Folgen der Nichtigkeit regeln, wie sie es bei den Folgen der Anfechtung oder eines Rücktritts tut.

Die von Regelsberger ohne Begründung vertretene Konzeption

entbehrt jeder Grundlage. Inwiefern die Verwerflichkeit des Vermögenserwerbs ein Abgrenzungskriterium für die Anknüpfung der Bereicherungsansprüche sein soll, ist nicht einzusehen. So wird im Falle der Nichtigkeit des Kausalverhältnisses wegen eines Verstoßes gegen die guten Sitten oder ein gesetzliches Verbot die Frage der Verwerflichkeit des Vermögenserwerbs im Rahmen eines Bereicherungsanspruches gar nicht mehr akut; nur für den Fall, daß nicht der Kausalvertrag nichtig ist, sondern nur der Bereicherte verwerflich gehandelt hat, erhält innerhalb des Bereicherungsanspruches im Rahmen des § 817 BGB die Verwerflichkeit Bedeutung. Schon diese Gegenüberstellung vermag zu verdeutlichen, daß die Verwerflichkeit, da sie nur in wenigen Fällen überhaupt im Rahmen des Kondiktionsanspruches zum Tragen kommt, kein Mittel ist, die kollisionsrechtlichen Probleme der ungerechtfertigten Bereicherung zu lösen.

Es muß also festgestellt werden, daß auch die Anknüpfung der ungerechtfertigten Bereicherung an die *lex domicilii debitoris*, abgesehen von dem später noch zu behandelnden Fall der abgeirrten Leistung, kein brauchbares Prinzip ist.

#### c. Die *lex patriae debitoris*

Auf eine reine Durchführung des Anknüpfungsprinzips der *lex patriae debitoris* für die Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung trifft man bei Zitelmann<sup>61</sup> und früher bei Frankenstein<sup>62</sup>. Frankenstein hat in neuerer Zeit seine Meinung dahin geändert, daß das Wohnsitzrecht des Bereicherten für die Beurteilung der Kondiktionsansprüche maß-

---

61 Zitelmann S. 525

62 Frankenstein, IPR S. 391

gebend sei<sup>63</sup>. Von Bar<sup>64</sup> will die *lex patriae debitoris* nur dann angewandt wissen, wenn die *lex loci actus* von beiden Parteien nicht in Betracht gezogen worden ist, was dann der Fall sein kann, wenn beide demselben Personalstatut unterstehen. Ähnlich geht auch Kegel<sup>65</sup> vor, der dann das Recht des gemeinsamen Personalstatuts über Kondiktionsansprüche entscheiden läßt, wenn sich Personen gleichen Personalstatuts vorübergehend im Ausland aufhalten.

Sowohl die reine als auch die modifizierte Form der Anknüpfung der Bereicherungsansprüche an die *lex patriae debitoris* ist abzulehnen.

Gegen die reine Form spricht, daß jedes Rechtssubjekt sich nach seinem freien Ermessen nach jeder Rechtsordnung verpflichten kann, folglich muß es auch den Verpflichtungen unterworfen sein, die die von ihm freiwillig gewählte Rechtsordnung aufstellt, und das auch für solche Verpflichtungen, die nicht von seinem Willen abhängig sind, sondern durch die Rechtsordnung normiert werden. Im übrigen gelten auch hier weitestgehend die gleichen Bedenken, die zur Ablehnung der *lex domicilii debitoris* geführt haben.

Die von v. Bar und Kegel vorgeschlagene Ausnahmeregelung leuchtet auf den ersten Blick ein. Fahren Deutsche mit einer Reisegesellschaft mit einem Bus für drei Tage von Deutschland nach Frankreich und entsteht während dieser Zeit zwischen zweien von ihnen ein Kondiktionsanspruch, der nach allgemeinen Grundsätzen dem französischen Recht unterstehen würde, so fragt man sich mit Recht, entspreche es nicht mehr der Gerechtigkeit, hier deutsches Recht anzuwenden. Gewiß wird man, ohne daß hierdurch späteren Erörterungen vorgegriffen werden soll, die Frage bejahen müssen, aber nicht weil die Betroffenen demselben Personalstatut unterstehen; denn wäre der Bus nicht nur mit Deutschen,

---

<sup>63</sup> vgl. Art. 541 u. 410 in *Projet d'un Code européen de droit international privé*

<sup>64</sup> v. Bar, *Lehrbuch* S. 126

<sup>65</sup> Kegel, *Lehrbuch* S. 215 und in *Soergel-Siebert Anm.* 267 vor Art. 7 EGBGB

sondern auch mit seit längerer Zeit in Deutschland lebenden Ausländern besetzt und würde zwischen einem dieser Ausländer und einem Deutschen oder zwischen zwei Ausländern Kondiktionsansprüche entstehen, so dürfte die Frage ebenso zu entscheiden sein, ohne daß dafür das Personalstatut der Beteiligten herangezogen werden könnte. Es muß also, da das Personalstatut ungeeignet dafür ist, etwas anderes sein, was die Sonderbehandlung solcher und ähnlicher Fälle rechtfertigt. Mit welcher Begründung so vorgegangen werden kann, wird Gegenstand späterer Untersuchungen sein (vgl. unten S. 80 ff), hier soll nur soviel festgestellt werden, daß die *lex patriae debitoris* auch insoweit ein ungeeignetes Anknüpfungsprinzip ist.

#### d. Die *lex causae condictiois*

Von einer größeren Anzahl Autoren wird vor allem in neuerer Zeit die Anknüpfung der Kondiktionsansprüche an die *lex causae* vertreten. Unter *lex causae* wird üblicherweise das Recht des den Bereicherungsanspruch auslösenden Grundverhältnisses verstanden, weshalb man besser von *lex causae condictiois* sprechen sollte.

Die ersten Ansätze einer solchen Anknüpfung findet man bei Otto von Gierke<sup>66</sup>, der Bereicherungsansprüche, die aus einem Dauerverhältnis entspringen, an die *lex causae condictiois* anknüpft. Nach Gierke ist dieses Anknüpfungsprinzip allgemein wenig beachtet worden, es wurde, wie bereits dargelegt, nur vereinzelt für die Anknüpfung der Frage nach der Unrechtmäßigkeit der Bereicherung verwandt. Erst bei Neuner<sup>67</sup> taucht das Anknüpfungsprinzip der *lex*

---

66 v. Gierke S. 234

67 Neuner S. 122 Anm. 1

causae wieder auf. Er will, wenn einer Bereicherungs-  
forderung ein zeitweise wirksames Rechtsverhältnis zu-  
grunde lag, diese an die lex causae condictionis ange-  
knüpft wissen.

Auch Gutzwiller<sup>68</sup> knüpft die ungerechtfertigte Bereiche-  
rung an das Recht des Grundverhältnisses an. Allein es  
fehlen bei ihm, genau wie bei von Gierke und Neuner und  
bei vielen späteren Verfechtern dieses Anknüpfungsprin-  
zips systematische Untersuchungen, welches in den kon-  
kreten Fallgruppen das als lex causae condictionis be-  
zeichnete Recht ist. Nur für einzelne Ansprüche bezeichnet  
Gutzwiller die lex causae näher; so soll für Ansprüche aus  
dinglichen Rechten das Recht der belegenen Sache, bei einer  
irrtümlichen Zahlung grundsätzlich das Wohnsitzrecht des  
Verkäufers, und das Recht, wo die Vormundschaft geführt  
wird, für entsprechende Forderungen aus deren Verwaltung  
die lex causae sein.

Über vorsichtige Andeutungen ist auch Raape<sup>69</sup> zur Maßgeb-  
lichkeit der lex causae condictionis für die Bereicherungs-  
ansprüche gelangt. Er folgt der von Zweigert<sup>70</sup> vertretenen  
Auffassung, nach der die Bereicherungsansprüche als "Rück-  
weg" der Vermögensverschiebung vom Bereicherten zum Entrei-  
cherten aufgefaßt und dem Recht unterstellt werden müssen,  
das den Hinweg vom Entreicherten zum Bereicherten beherrscht  
te.

---

68 Gutzwiller S. 1624

69 Raape (2. Auflage) S. 323, (5. Auflage) S. 527 ff

70 Zweigert Sp. 252; im Anschluß an diese Auffassung stellt  
auch Arndt in German Anm. V vor Art. 12 EGBGB fest, daß die  
ungerechtfertigte Bereicherung nach dem Recht zu beurteilen  
sei, "das den Rechtsübergang regelt, der durch die ungerech-  
tfertigte Bereicherung eingeschränkt wird".

Weitere Verfechter der Anknüpfung der Kondiktionsansprüche  
an die lex causae sind: Martin Wolff, Das IPR Deutschlands  
S. 169; Balaster S. 91; Kegel, Lehrbuch S. 215, in Soergel-  
Siebert Anm. 264 ff vor Art. 7 EGBGB; Seufert in Staudinger  
Anm. 62 zu § 812 BGB und in Verfolgung der von von Caemmerer  
S. 388 vertretenen Auffassung Köttler S. 236 ff und Scheyhing  
S. 379 ff.

Dieses Anknüpfungsprinzip wird m. E. den Ansprüchen aus ungerechtfertigter Bereicherung am ehesten gerecht. Denn trotz aller Verschiedenartigkeit haben die einzelnen Typen der Kondiktionsansprüche doch eines gemeinsam: sie sollen einen Ausgleich schaffen für eine von der Rechtsordnung als unrechtmässig mißbilligte Vermögensverschiebung. Daß diese Rechtsordnung den Ausgleich gerade über die Bereicherungsansprüche schafft, ist eine Frage technischer Art<sup>71</sup>; denkbar wäre ein Vorgehen auch in der Weise, daß für jede eine Bereicherungslage auslösende Vermögensverschiebung als Korrektiv ein spezieller Ausgleichsanspruch normiert wird, der nicht dem Bereicherungsrecht im engeren Sinne unterzuordnen wäre. In unserem geltenden Recht ist § 346 BGB ein Beispiel für ein solches Vorgehen. So wäre es auch denkbar, daß im Rahmen der die Nichtigkeit eines Vertrages regelnden Norm die Bestimmung aufgenommen wird, daß, falls auf Grund des nichtigen Vertrages schon Leistungen bewirkt sind, diese zurückzugewähren seien. Es würde dann sicher niemand auf den Gedanken kommen, den so ausgestalteten Rückgewähranspruch einer anderen Rechtsordnung zu unterstellen, als der, der der Vertrag unterstand. Eine weitere Begründung für die Richtigkeit des Anknüpfungsprinzips der *lex causae conditionis* wird später im Hinblick auf die Behandlung der einzelnen Typen der Bereicherungsansprüche noch zu geben sein.

## II. Die Rechtsprechung

Die Rechtsprechung der deutschen Gerichte ist für die kollisionsrechtliche Behandlung der Kondiktionsansprüche wenig ergiebig. Die Entscheidungen sind äußerst selten und

---

<sup>71</sup> vgl. Raape, 5. Aufl. S. 529

in der Regel von dem offensichtlichen Bemühen getragen, brauchbare Einzellösungen zu schaffen, ohne sich systematisch festlegen zu wollen. Dieses geht insbesondere aus den Entscheidungen des Reichsgerichts vom 3. Juli 1899<sup>1</sup> und vom 7. Juli 1932<sup>2</sup> hervor, in denen eine Lösung in der Form gesucht wurde, indem mehrere Anknüpfungsprinzipien erwähnt wurden, die in ihrer Ausgestaltung zwar sehr unterschiedlich sind, aber alle den Anspruch einer bestimmten Rechtsordnung zuwiesen. So wurde in dem Urteil vom 7. Juli 1932 für die Begründung, deutsches Recht anwenden zu müssen, das Personalstatut des Schuldners, das Recht des Ortes, an dem sich der Tatbestand des Vermögenserwerbs verwirklicht hat und das Wohnsitzrecht des Schuldners nebeneinander herangezogen.

In der als grundlegend zu bezeichnenden Entscheidung des Reichsgerichts vom 5. Juli 1910<sup>3</sup> hat der III. Zivilsenat sich dafür entschieden, die Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung kollisionsrechtlich regelmäßig nach Analogie der Ansprüche aus wirklichen Vertragsrechten zu behandeln und sie dem Recht des Erfüllungsortes zu unterstellen. Damit kam das Reichsgericht praktisch zur Anwendung der *lex domicilii debitoris*, da das Recht des Erfüllungsortes in der Regel das am Wohnsitz des Schuldners geltende Recht ist<sup>4</sup>. Zur Begründung der Ansicht von der Maßgeblichkeit des Rechts des Erfüllungsortes ging das Reichsgericht in dieser Entscheidung davon aus, daß nicht die Zahlung, sondern die ungerechtfertigte Vermögensvermehrung der für den Bereicherungsanspruch maßgebende Gesichtspunkt sei. Ausdrücklich abgelehnt wird vom Reichsgericht die Anknüpfung der Bereicherungsansprüche an die

---

1 RGZ 44, 136 ff (139)

2 RG in WarnR 1932 Nr. 162 = IPRspr. 1932 Nr. 39

3 RGZ 74, 171 ff (174, 175)

4 vgl. die Entscheidung des Reichsgerichts vom 16. März 1928 in Seuff Arch 82 S. 205/6 (= IPRspr. 1928 Nr. 37), in der ein Bereicherungsanspruch wegen Bezahlung einer fremden Steuerschuld dem am Wohnsitz und Erfüllungsort des Bereicherten geltenden Recht unterstellt wird.

lex loci actus, da der Ort der Zahlung ein ganz zufälliger sein kann.

Gewisse Gedanken, die heute zur Anwendung der lex causae conditionis als des maßgeblichen Anknüpfungsprinzips für die Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung führen, sind allerdings auch in dieser Entscheidung zu erkennen.

In einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 4. Mai 1932<sup>5</sup> kommt der I. Zivilsenat trotz Fehlens einer im hier vertretenen Sinne richtigen Begründung praktisch zur Maßgeblichkeit der lex causae conditionis, wenn er für den Fall, daß ein Vertrag ausländischem Recht untersteht, den auf die Nichtigkeit dieses Vertrages gestützten Bereicherungsanspruch diesem ausländischen Recht unterstellt.

Anklänge an das Anknüpfungsprinzip der lex causae conditionis findet man auch in der Reichsgerichtsentscheidung vom 18. Juni 1887<sup>6</sup>, während eine recht unklare Entscheidung vom 8. November 1906<sup>7</sup> auf die lex loci actus abzustellen scheint, die mit der lex domicilii debitoris zusammenfallen soll.

Der Bundesgerichtshof läßt in seinen wenigen Entscheidungen zu Fragen der kollisionsrechtlichen Behandlung von Kondiktionsansprüchen keine einheitliche Linie erkennen. Nur eines scheint sicher zu sein: der vom Reichsgericht unternommene Versuch, für alle Bereicherungsansprüche ein einheitliches Anknüpfungsprinzip zu finden, dürfte vom Bundesgerichtshof aufgegeben sein<sup>8</sup>.

---

5 RG in LZ 1932 Sp. 1142 ff = Seuff Arch 86 S. 257 = IPRspr 1932 Nr. 38

6 RG in Bolze 4. Bd. Nr. 26

7 RG in BöhmZ 18 S. 159 ff (160)

8 vgl. BGB in WM 1957 S. 1049 wo in Anlehnung an Raape festgestellt wird, daß für alle Arten von Bereicherungsansprüchen geltende Grundsätze über die Bestimmung der maßgebenden Rechtsordnung nicht bestehen.

Deutliche Anzeichen für eine vom Bundesgerichtshof gewollte Anknüpfung der Bereicherungsansprüche an die *lex causae conditionis* treten in der Entscheidung vom 11. Juli 1957<sup>9</sup> und insbesondere in der vom 4. Februar 1960<sup>10</sup> hervor. In der ersten Entscheidung bejaht der Bundesgerichtshof dem Reichsgericht folgend die Maßgeblichkeit der *lex causae* für Rückforderungsansprüche des zur Erfüllung einer Verbindlichkeit Geleisteten und knüpft den Bereicherungsanspruch, der ohne Bezug auf ein Rechtsverhältnis durch Zahlung einer bestimmten Geldsumme entstanden ist, an die Rechtsordnung an, die über den Erwerb des angeblich Bereicherten, d.h. über die Vermögensverschiebung, entscheidet. Im zweiten Urteil spricht der Bundesgerichtshof sich ebenfalls für die Anknüpfung des Kondiktionsanspruches an die *lex causae* aus, indem er einen Bereicherungsanspruch, der aus der unberechtigten Verfügung des Bereicherten über eine bewegliche Sache des Entreicherten, die diesem gegenüber wirksam war, mangels einer früheren unmittelbaren Rechtsbeziehung zwischen den Parteien, dem Recht des Ortes unterstellt, an dem die Sache sich im Zeitpunkt der Veräußerung befunden hat. Der Bundesgerichtshof sieht für einen solchen Bereicherungsanspruch den Anknüpfungspunkt in dem Tatbestand, der zu dem den Bereicherungsanspruch auslösenden Rechtsverlust geführt hat.

Eine völlig unbefriedigende Entscheidung des Bundesgerichtshofes ist das Urteil vom 15. April 1959<sup>11</sup>. Der dieser Entscheidung zugrunde liegende Sachverhalt ist folgender: Die Klägerin, eine Deutsche, ist Testamentserbin zu einem Drittel nach ihrer Tante, einer Amerikanerin, die nach zweimonatigem Aufenthalt in der Bundesrepublik gestorben ist. In Amerika hatte die Erblasserin Sparkonten auf ihren Namen jedoch mit dem Vermerk "in trust for L. G.", dem Namen

---

9 BGH in WM 1957 S. 1049

10 BGH in NJW 1960 S. 774 ff (775)

11 BGH in NJW 1959 S. 1317 ff = ZauslR 1960 S. 313 ff

ihres Bruders, eines in Deutschland lebenden Deutschen, des Onkels der Klägerin und jetzigen Beklagten, angelegt. Nach dem Tode der Erblasserin wurde dem Beklagten das Geld von den Sparkonten überwiesen, wovon die Klägerin als ihren angeblichen Erbteil mit der Klage ein Drittel herausverlangt. Der Bundesgerichtshof stellt sich bei der Entscheidung der Frage, soweit ein Bereicherungsanspruch in Betracht kommt, auf den Standpunkt, daß dieser "sich zwar gegen einen damals und heute im Inland wohnhaften Deutschen" richtet, "sodaß dafür nach allen hier denkbaren internationalprivatrechtlichen Anknüpfungspunkten - Wohnsitz, Erfüllungsort (§ 269 BGB), Heimatstaat - im allgemeinen deutsches Recht (§ 812 ff BGB) anzuwenden" sei. Die Frage ob der Erwerb des Beklagten mit oder ohne rechtlichen Grund erfolgt sei, will der Bundesgerichtshof nicht nach dem deutschen Recht entscheiden, dem er den Bereicherungsanspruch im allgemeinen unterstellt hat, sondern als die "entscheidende Vorfrage" nach dem Statut, das über die hier umstrittene rechtliche Beziehung zwischen der Erblasserin und dem Beklagten bestimmt. Zur Begründung dieser Entscheidung beruft sich der Bundesgerichtshof unter anderem auf die Entscheidung des Reichsgerichts vom 4. Mai 1932<sup>12</sup>. Das Reichsgericht behandelt zwar die Frage nach dem Rechtsgrund in dieser Entscheidung auch als "entscheidende Vorfrage", maß ihr konsequenterweise dann aber auch soviel Bedeutung zu, daß sie den gesamten Bereicherungsanspruch dem Statut der "Vorfrage" zuwies. Daß das aber eigentlich, nur durch den verwirrenden Begriff der Vorfrage verdunkelt, die Anknüpfung an die *lex causae conditionis* ist, hat der Bundesgerichtshof völlig außer acht gelassen und das erfreuliche Ergebnis dieser Reichsgerichtsentscheidung gegenüber der unbefriedigenden Begründung vernachlässigt.

Auf Ablehnung trifft diese Entscheidung, vor allem soweit sie sich mit der hier interessierenden kollisionsrechtlichen Frage beschäftigt, auch bei Knauer<sup>13</sup>, der sich

---

12 RG in LZ 1932 Sp. 1142 ff

13 Knauer S. 327 ff

insbesondere dabei auf die von Zweigert vertretene Auffassung beruft. Gebilligt wird von ihm allerdings die Sonderanknüpfung der Frage nach dem Rechtsgrund als der entscheidenden Voraussetzung des Bereicherungsanspruches.

Auch die Entscheidungen anderer Gerichte bestätigen die anfänglich geäußerte Behauptung, daß die Rechtsprechung sehr wenig fruchtbar für die Lösung des Problems der kollisionsrechtlichen Behandlung der Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung war.

So hat sich zwar das Bayerische Oberste Landesgericht in einer Entscheidung vom 16. November 1882<sup>14</sup> in erfreulich klarer Weise für die Maßgeblichkeit der *lex causae conditionis* entschieden, was jedoch nicht hinderte, daß dasselbe Gericht bereits in einer Entscheidung vom 4. Dezember desselben Jahres in Anlehnung an die Lehre Savignys<sup>15</sup> vom Sitz der Obligationen die Rückforderung einer Nichtschuld nach den Gesetzen des Ortes beurteilt, an dem das Rechtsverhältnis seinen Sitz hat, und zwar sollte der Sitz des Rechtsverhältnisses der Ort sein, "an welchem das *indebitum* geleistet wurde"<sup>16</sup>.

Das Bayerische Oberste Landesgericht ist also in einem Zeitraum von weniger als drei Wochen von dem Anknüpfungsprinzip der *lex causae conditionis* zu dem der *lex loci actus* übergegangen, ohne dafür eine Begründung zu geben.

In einer ebenfalls aus dieser Zeit stammenden Entscheidung des Reichsoberhandelsgerichts vom 14. Juni 1877<sup>17</sup> folgt dieses dem § 11 des Sächs. BGB, der die ausdrückliche Bestimmung enthielt, daß Forderungen nach den Gesetzen des Erfüllungsortes zu beurteilen seien, und knüpfte

---

14 Bayerisches Oberstes LG in Seuff Arch 38 S. 260

15 Savigny S. 200

16 Bayerisches Oberstes LG in Seuff Arch 38 S. 260/261; ob diese und die oben genannte Entscheidung von demselben Senat stammen, konnte nicht festgestellt werden; die Veröffentlichungen enthalten keinen Hinweis und die Akten und Register des Gerichts sind durch Kriegseinwirkungen vernichtet.

17 ROHG in ROHGE 22, 296

den Kondiktionsanspruch ebenfalls an das Recht des Erfüllungsortes.

Als maßgebend angesehen wird in einem Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg vom 1. Juli 1932<sup>18</sup> für Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung eindeutig das Anknüpfungsprinzip der lex loci actus. Eine Begründung wird allerdings, wie bei der überwiegenden Zahl der Entscheidungen, auch hier nicht gegeben.

In einem Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 15. Mai 1929<sup>19</sup>, das vom Reichsgericht durch Urteil vom 15. Mai 1930<sup>20</sup> bestätigt wurde, und in einem Beschluß des Landgerichts Frankfurt a. M. vom 17. August 1932<sup>21</sup> wird von diesen Gerichten das Anknüpfungsprinzip der lex causae condictionis vertreten, ohne daß diese Entscheidungen einen Einfluß auf die weitere Rechtsentwicklung in der Frage der kollisionsrechtlichen Behandlung der Bereicherungsansprüche genommen haben.

---

18 OLG Hamburg in HansRGZ 1932 B 677 ff Nr. 219 (Sp. 679) = IPRspr 1932 Nr. 40

19 Hans. OLG in HansRGZ 1929 B Nr. 227 = IPRspr 1929 Nr. 51

20 RG in HansRGZ 1930 B Nr. 163 (Sp. 454) = IPRspr 1930 Nr. 50

21 LG Frankfurt a. M. in JW 1933 S. 191 ff (192) = IPRspr 1933 Nr. 48

## 2. Kapitel

### Überblick über die kollisionsrechtliche Lehre und Rechtsprechung einiger ausländischer Staaten zu Fragen der ungerechtfertigten Bereicherung.

Die Lehre und Rechtsprechung des Auslands zu dem Problem der kollisionsrechtlichen Behandlung der ungerechtfertigten Bereicherung bietet ein ähnliches Bild wie die deutsche. Auch im Ausland ist man noch weit entfernt von einer Einigung über Methode und Prinzip. Aber auch dort ist zu erkennen, daß die materiellrechtlichen Auffassungen über die Konditionen sich auf die kollisionsrechtliche Behandlung dieser Frage mehr oder weniger stark ausgewirkt haben.

#### I. Die Schweiz

Die internrechtliche Lehre<sup>1</sup> vom Bereicherungsrecht geht in der Schweiz wie der überwiegende Teil der deutschen, insbesondere der älteren Lehre, von der Einheit aller Bereicherungsansprüche aus.

So ist auch in der kollisionsrechtlichen Lehre der Schweiz für alle Bereicherungsansprüche die einheitliche Anknüpfung herrschend, und zwar an die *lex loci actus*. Anhänger dieses Prinzips sind Meili<sup>2</sup>, Becker<sup>3</sup>, Schnitzer<sup>4</sup> und Sauser-Hall<sup>5</sup>, der in dem Bereicherungsrecht zwingendes und damit der Parteiautonomie entzogenes Recht sieht, was nach seiner Auffassung zur Maßgeblichkeit dieses Prinzips

---

<sup>1</sup> vgl. Oser/Schönenberger Vorbem. Nr. 6 u. 9 vor Art. 62; Becker Vorbem. 1 u. 2 vor Art. 62

<sup>2</sup> Meili S. 86

<sup>3</sup> Becker Anm. 12 zu Art. 62

<sup>4</sup> Schnitzer S. 681 ff (682)

<sup>5</sup> Sauser-Hall S. 294a ff

führen muß. Diese Begründung vermag jedoch genau so wenig zu überzeugen, wie das von v. Bar angeführte allgemeine Ordnungsinteresse innerhalb eines bestimmten Territoriums.

Schnitzer betont, daß der Bereicherungsanspruch als subsidiärer Anspruch voraussetzt, "daß eine vertragliche Haftung niemals bestanden hat oder jedenfalls nicht mehr rechtsgültig besteht. Es ist daher nicht ganz logisch, auf das Vertragsrecht in der Beurteilung des Bereicherungsanspruches wieder zurückzugreifen." Dieser Auffassung ist entgegenzuhalten, daß gerade wegen des Fehlens einer vertraglichen Haftung die Rechtordnung, die die Vermögensverschiebung beherrscht hat - in den von Schnitzer gemeinten Fällen also das Vertragsstatut -, den Ausgleich über das Bereicherungsrecht schafft, womit die logische Verbindung zum Vertragsrecht gegeben ist.

Schönenberger<sup>6</sup> schlägt eine differenzierte Lösung in der Form vor, daß nur die Frage nach Umfang und Inhalt des Herausgabeanspruches mit der herrschenden Meinung an die *lex loci actus* angeknüpft werden sollte, während die Frage, ob überhaupt eine Bereicherung vorliegt, nach dem Recht zu beurteilen sei, das über den Rechtserwerb bestimmt; die Frage nach dem Rechtsgrund soll hingegen durch die Rechtsordnung entschieden werden, die über die Rechtspflicht zur Vermögensvermehrung entscheidet.

Unterschiedlich will auch Niederer<sup>7</sup> die Frage nach dem Rechtsgrund und die nach den übrigen Voraussetzungen anknüpfen, wobei er die letzte in Anlehnung an die in der Schweiz herrschende Meinung der *lex loci actus* unterstellen will, während die erste Frage nach seiner Auffassung "vernünftigerweise nur das die umstrittene causa beherrschende Recht - die sogenannte *lex causae* - entscheiden" kann.

---

6 Schönenberger in Oser/Schönenberger, Allgemeine Einleitung Nr. 146 ff (148 ff) S. LXXXVIII / LXXXIX

7 Niederer S. 187

Fritzsche<sup>8</sup> lehnt nur das in der Schweiz herrschende Anknüpfungsprinzip der *lex loci actus* ab, ohne selbst einen Lösungsvorschlag zu bringen.

Das Schweizerische Bundesgericht vertrat bis zu dem Urteil vom 23. April 1951<sup>9</sup> das Anknüpfungsprinzip der *lex loci actus*, gab jedoch diese feste Rechtsprechung durch Übernahme der von Zweigert entwickelten Gedanken in dem Urteil vom 1. November 1952<sup>10</sup> zugunsten des Prinzips der *lex causae* mit der Begründung auf, "daß das Abstellen auf den oft bloß zufälligen Ort der Vermögensverschiebung nicht immer zu befriedigen vermag, da sie dem Umstand, daß Bereicherungsansprüche in den verschiedensten Zusammenhängen auftreten können, nicht gerecht wird".

In der Lehre folgte Balastèr<sup>11</sup> dieser Auffassung des Schweizerischen Bundesgerichtshofs. Er vertritt ebenfalls das Anknüpfungsprinzip der *lex causae*, jedoch, unter dem offensichtlichen Einfluß der deutschen Lehre, teilt er die Bereicherungsansprüche auch für das schweizerische Recht in rechtsgeschäftliche und nichtrechtsgeschäftliche auf. Ganz vermochte aber auch er mit der herrschenden Lehre nicht zu brechen. So soll für die Realakte nach seiner Auffassung die *lex causae* die *lex loci actus* sein, eine Meinung, die - wie noch zu zeigen sein wird - auch für diese Ansprüche mit dem Wesen und der Funktion der Kondiktionsansprüche nicht zu vereinbaren ist.

---

<sup>8</sup> Fritzsche S. 243a

<sup>9</sup> Schweiz. BG in BGE 77 II 86 ff (95); frühere Entscheidungen: 12, 342; 26 II 272; 31 II 665

<sup>10</sup> Schweiz. BG in BGE 78 II 385 ff (387 ff)

<sup>11</sup> Balastèr S. 87 ff

## II. Österreich

Das österreichische Kollisionsrecht enthält keine Norm über die Behandlung der Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung. Auch der Entwurf eines Gesetzes über Internationales Privatrecht aus dem Jahre 1913 befaßte sich nicht mit dieser Frage.

Obwohl das österreichische materielle Recht keinen allgemeinen Bereicherungsanspruch kennt, sondern nur bestimmte im Gesetz aufgezählte Tatbestände wie die Zahlung einer Nichtschuld (§§ 1431 ff ABGB) oder die Ausgleichsansprüche wegen Verarbeitung oder Vereinigung nach den §§ 417 ff ABGB, die ebenfalls bereicherungsrechtlichen Charakter haben<sup>12</sup>, ist unter dem offensichtlichen Einfluß der deutschen Doktrin die kollisionsrechtlich unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Ansprüche erst in jüngster Zeit von Bolla<sup>13</sup> und Bydlinski<sup>14</sup> vertreten worden, während Walker<sup>15</sup> unter Berufung auf den Gebhardschen Entwurf das Anknüpfungsprinzip der *lex domicilii debitoris* für alle Kondiktionsansprüche übernommen hat und damit begründet, daß "der Schwerpunkt des Schuldverhältnisses auf dem Schuldner ruht, er hat die Erfüllung zu bewirken". Weiter geht Walker von der Annahme aus, daß der Schuldner sich nach dem Recht seines Wohnsitzes verpflichten wollte, wobei hinzukäme, "daß die zwingenden Vorschriften des Obligationenrechts vorwiegend im Interesse des Schuldner bestehen"<sup>16</sup>. Dieser Begründung stehen für das österreichische Recht dieselben Bedenken entgegen wie für das deutsche. Insbesondere ist die Behauptung, der Schuldner wolle sich regelmäßig nur nach dem Recht seines Wohnsitzes verpflichten, hier fehl am Platze; denn die Verpflichtung des Schuld-

---

<sup>12</sup> vgl. Karl Wolff S. 217

<sup>13</sup> Bolla S. 115 ff

<sup>14</sup> Bydlinski S. 29 ff

<sup>15</sup> Walker S. 546 ff

<sup>16</sup> Walker S. 390

ners zur Herausgabe der Bereicherung beruht nicht auf seiner Willensentschließung, sondern wird kraft Gesetzes ausgelöst und hat in vielen Fällen nur die Rückgabe dessen zum Inhalt, was der Bereicherungsschuldner als Gläubiger erhalten hat.

Köhler<sup>17</sup> unterstellt die Bereicherungsansprüche und Ansprüche aus nützlicher Verwendung der *lex loci actus*, ohne dafür eine Begründung zu geben.

Die von Bolla vertretene Auffassung läuft, ohne daß von ihr der Begriff gebraucht wird, praktisch für die Rückforderungsansprüche auf die Maßgeblichkeit der *lex causae conditionis* hinaus, wobei bei deren Konkretisierung auch die Besonderheiten der einzelnen Ansprüche berücksichtigt werden.

Stark beeinflusst von der neueren deutschen Lehre ist die Auffassung von Bydlinski<sup>18</sup>, die nur insofern eine Besonderheit aufweist, als er sich vor allem mit der Frage befaßt, welche Rechtsordnung auf die Kondiktionsansprüche anzuwenden sei, die daraus entstehen, daß das Heimatrecht eines Vertragspartners, das nicht zugleich Vertragsstatut ist, einen Vertrag für unwirksam erklärt, z. B. weil dieser Vertragspartner nach seinem Heimatrecht geschäftsunfähig ist. Nach der Meinung von Bydlinski kann in solchen Fällen nicht das Vertragsstatut, sondern nur das "Vernichtungsstatut" "die Folgen der von ihm bewirkten Unwirksamkeit sachgemäß bestimmen". Auf das Vertragsstatut muß Bydlinski allerdings dann wieder zurückgreifen, wenn zwei oder mehrere Rechtsordnungen den Vertrag vernichten, da die Möglichkeit, die gegenseitigen Kondiktionsansprüche getrennt anzuknüpfen, zu unerträglichen Ergebnissen führen würde.

Die Auffassung von der Maßgeblichkeit des "Vernichtungsstatuts" beeindruckt und hat auf den ersten Blick den

---

17 Köhler S. 78

18 Bydlinski S. 29 ff

Schein der Richtigkeit für sich. Dennoch ist sie nicht haltbar. Wurde der vernichtete Vertrag von einer anderen Rechtsordnung beherrscht als der, die ihn vernichtet hat - für einen solchen Fall kann das Problem ja nur akut werden, - so unterstand die Vermögensverschiebung, die auf Grund des später vernichteten Vertrages stattgefunden hat, dem Vertragsstatut und für diese Vermögensverschiebung soll der Ausgleich geschaffen werden. Betrachtet man die Unrechtmäßigkeit dieser Vermögensverschiebung, so ist sie im Wegfall der causa zu sehen und nicht in den Gründen, die zur Nichtigkeit, also zum Wegfall der causa, geführt haben. Der Bereicherungsanspruch wird mit anderen Worten nicht deshalb gewährt, weil die Minderjährigkeit des einen Vertragspartners zur Nichtigkeit des Vertrages geführt hat, sondern weil die Vermögensverschiebung wegen des Wegfalls der causa von der die Vermögensverschiebung beherrschenden Rechtsordnung als unrechtmäßig angesehen wird. Aus welchen Gründen die causa weggefallen ist und welche Rechtsordnung darüber entscheidet, ist für den Kondiktionsanspruch ohne Bedeutung.

Die wenigen Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs lassen jede klare Linie vermissen. In jüngeren Entscheidungen werden als Anknüpfungsprinzipien die *lex loci actus*, die *lex domicilii debitoris* und schließlich auch die *lex causae conditionis* vertreten.

In einer Entscheidung vom 22. Juni 1955<sup>19</sup> stellt der österreichische Oberste Gerichtshof in erfreulich klarer Weise den Grundsatz auf, daß sich Bereicherungsansprüche nach dem Recht des Staates richten, dem der ihre Grundlage bildende Vertrag unterliegt. Bereits in der Entscheidung vom 27. November 1957<sup>20</sup> wird auf Kondiktionsansprüche das Recht des Ortes angewendet, an welchem sich die Bereicherung vollzogen hat, während man, ohne sich mit den früheren Auffassungen auseinanderzusetzen, in dem Urteil

---

19 Österr. OGH in SZ XXVIII Nr. 168

20 Österr. OGH in SZ XXX Nr. 79

vom 18. November 1959<sup>21</sup> eine Regel dahin aufgestellt hat, daß der Bereicherungsanspruch an das Recht am Wohnsitz des Schuldners anzuknüpfen sei, weil dieser Anspruch "schuldnerbezogen" sei. "Der Schuldner hat das Empfangene herauszugeben und nur dieses, gleichgültig, ob damit den Interessen des Gläubigers bereits voll entsprochen wird oder nicht." Ganz so sicher war man allerdings in der Entscheidung vom 24. Juni 1959<sup>22</sup> nicht, in der die Frage, ob für den Kondiktionsanspruch das Recht des Ortes maßgebend ist, an dem der Schuldner zur Zeit des Eintritts der Bereicherung seinen Wohnsitz hatte, oder das Recht des Ortes, an dem sich die Bereicherung tatsächlich vollzogen hat, dahingestellt blieb.

### III. Frankreich

Auch die französischen Gesetze enthalten keine Norm über die kollisionsrechtliche Behandlung der Kondiktionen. Die Kommission für die Reform des Code civil behandelte ebenfalls in dem von ihr ausgearbeiteten Gesetzesentwurf, betr. das Internationale Privatrecht diese Frage nicht.

Das materielle französische Bereicherungsrecht ist im Code civil nicht umfassend geregelt. Bekanntlich hat die Lehre und die Rechtsprechung erst im Laufe der Zeit das Institut der "enrichissement sans cause" entwickelt.

Die kollisionsrechtliche Behandlung der ungerechtfertigten Bereicherung war lange Zeit vom quasi-kontraktuellen Denken

---

21 Österr. OGH in ÖJZ 1960 S. 132 ff

22 Österr. OGH in ZfRV 1961 S. 18 ff

beherrscht. Von daher ist es verständlich, daß man überwiegend für alle Ansprüche aus Quasi-Kontrakten, und damit auch aus ungerechtfertigter Bereicherung, ein einheitliches Anknüpfungsprinzip suchte.

Bartin<sup>23</sup> behandelt die Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung als Quasi-Kontrakte und unterwirft sie den Gesetzen des Ortes, an dem sich der Vorgang ereignet hat, der den Bereicherungsanspruch auslöst. Ausdrücklich lehnt er die Anknüpfung an das Personalstatut von Gläubiger und Schuldner ab.

Auch Lerebours - Pigeonnière<sup>24</sup> geht vom Begriff des Quasi-Kontrakts aus und entscheidet sich für die Anknüpfung dieser Ansprüche an die lex loci actus. Wenn die Bereicherung und die Entreicherung nicht unter der Herrschaft derselben Rechtsordnung eingetreten sind, so schlägt er eine differenzierte Behandlung vor. "Dans le cadre de l'enrichissement sans cause, la loi compétente doit être celle du lieu de réalisation de l'enrichissement, car c'est l'enrichissement injuste qui est le fondement prédominant de l'action de in rem verso. En matière de paiement de l'indu, le rattachement au lieu du paiement rend compte du fait que l'appauvrissement du solvens est l'élément prédominant."

Auf ähnliche Gedankengänge trifft man bei Niboyet<sup>25</sup>. Auch er faßt die Bereicherungsansprüche als Quasikontraktsansprüche auf, die er allgemein dem Recht des Ortes unterstellt, an dem die Bereicherung sich verwirklicht hat, wobei bei "paiement de l'indu" dieser Ort der Zahlungsort sein soll. Niboyet will das ausländische Recht jedoch nur dann angewendet wissen, wenn der ordre public dem nicht entgegensteht.

---

23 Bartin S. 186 ff

24 Lerebours - Pigeonnière S. 412/413

25 Niboyet S. 192 ff

Savatier<sup>26</sup> behandelt die Bereicherungsansprüche als "responsabilités légales" und knüpft diese generell an die *lex loci actus* an.

Die unbefriedigenden Ergebnisse, die durch die Anknüpfung der Kondiktionsansprüche seitens der herrschenden französischen Lehre hervorgebracht werden, haben Valery<sup>27</sup> dazu veranlaßt, für diese Ansprüche das Anknüpfungsprinzip der *lex fori* zu vertreten. Für den Umfang der Bereicherung soll nach seiner Auffassung jedoch "la loi du pays où il s'est formé" maßgebend sein, also praktisch die *lex loci actus*.

Gewisse Ansätze für eine Anknüpfung der Kondiktionen an die *lex causae condictionis* trifft man in Lapradelle - Niboyets Répertoire<sup>28</sup> an. Wenn Bereicherungsansprüche zwischen vertraglich verbundenen Personen auftreten, dann soll die Rechtsordnung angewendet werden, die die vertraglichen Beziehungen dieser Personen regelt, z. B. "qui régit les rapports pécuniaires des époux". Über Bereicherungsansprüche zwischen rechtlich nicht verbundenen Personen entscheidet hingegen "la loi du lieu où s'est produit l'enrichissement". Für den Fall der Zahlung einer Nichtschuld ist das Gesetz des Ortes der Bereicherung zur Entscheidung über den Kondiktionsanspruch berufen; wenn Zahlungs- und Bereicherungsort nicht identisch sind, soll das Recht am Orte der Bereicherung maßgebend sein.

In der Auffassung von Arminjon<sup>29</sup> stößt man ebenfalls auf eine teilweise Anknüpfung der Bereicherungsansprüche an die *lex causae condictionis*. Dieser Autor setzt sich vor allem mit der in Frankreich herrschenden einheitlichen Anknüpfung der Kondiktionsansprüche an die *lex loci actus* und mit dem in unserer Lehre und Rechtsprechung vertretenen Anknüpfungsprinzip der *lex domicilii debitoris* auseinander.

---

26 Savatier S. 213/214

27 Valery S. 970/971

28 Lapradelle-Niboyet S. 716 ff

29 Arminjon S. 214 ff

Für den besonderen Fall der Zahlung einer Nichtschuld lehnt er die in Frankreich herrschende Meinung von der Maßgeblichkeit des Rechts am Ort der Zahlung ab und nimmt eine Unterseheidung dahin vor, ob die Zahlung vollständig ohne Verpflichtung oder auf Grund einer Verpflichtung vorgenommen worden ist. Im ersten Fall will er grundsätzlich das Gesetz des Ortes, wo die Handlung vollzogen wurde, auf die sich aus der Zahlung der Nichtschuld ergebenden Kondiktionsansprüche angewendet wissen, da dieses das einzige Gesetz sei, mit dem der Zahlende "est en contact". Im zweiten Fall hingegen muß nach der Auffassung Arminjons "la loi qui régit l'obligation" über den Kondiktionsanspruch entscheiden.

Grundlegende Entscheidungen der französischen Rechtsprechung zu dem Problem der kollisionsrechtlichen Behandlung der Kondiktionen sind bisher nicht ergangen.

#### IV. England

In der englischen Lehre beginnt sich für die kollisionsrechtliche Behandlung der Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung das Anknüpfungsprinzip der *lex causae conditionis* mehr und mehr durchzusetzen. Die Law Reform (Frustrated Contracts) Act, 1943 stellt fest, daß "where a contract governed by English law has become impossible of performance or been otherwise frustrated", das englische Recht über die sich daraus ergebenden Ansprüche entscheiden muß. Diese Act ist freilich nicht ohne Widerspruch aufgenommen worden.

Williams<sup>30</sup> bemangelt - allerdings als kleinstes Übel - daß die Act nicht vollständig sei, indem sie nicht die Frage regelt, welches Recht maßgebend ist, wenn der Vertrag nicht vom englischen Recht beherrscht wird. Er meint, es müsse dann zwar auch das Recht, dem ein solcher Vertrag unterstehe, angewendet werden, "but the Act does not say so". Schwerwiegender ist jedoch nach Williams Auffassung die verriehtete Sachentscheidung dieser Act, die im Gegensatz zu "the weight of opinion among conflict-of-law lawyer" steht, welche "prefer the law of the place where the benefit is conferred, or where the enrichment takes place", wobei er sich auf Gutteridge und Lipstein stützt. Weiter bedauert Williams, daß das englische Recht durch die Regelung in dieser Act sich in Widerspruch zu der in dem "American Restatement of the Conflict of Laws" enthaltenen Auffassung setzt.

Gegen die Kritik von Williams wendet sich Morris<sup>31</sup>. Zwar bezeichnet auch er die Beschränkung auf die "contracts governed by English law" als "unnecessary and inadequate". "They are unnecessary because the Courts would almost certainly have reached this result without their help." Als wesentlich schwerwiegender betrachtet Morris allerdings, daß "the Act contains no section stating that it does not apply to Scotland or Northern Ireland, as do all other products of the English Revision Committee. Therefore the Scottish and Northern Irish Courts will be bound to apply the Act, but they can only do so if they find that the contract which has been frustrated was governed by English law." Begründet wird von Morris die Sachentscheidung der Law Reform (Frustrated Contracts) Act. Die Kritik von Williams, die sich aus einem "frustrated contract" ergebenden Ansprüche müßten dem Recht des Ortes unterstehen, an dem die Bereicherung

---

30 Williams S. 69

31 Morris S. 182 ff

eingetreten ist, weist Morris mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten zurück, die bei der Bestimmung dieses Ortes auftreten, und stellt fest, "it is difficult to disagree with Falconbridges opinion that "if the alleged unjust enrichment results from the frustration of a contract, it is a convenient and desirable rule that the law governing the contract should also be the law governing the question whether has been an unjust enrichment and the extent to which a remedy is available to avoid the consequent injustice"". "<sup>32</sup>

Die Law Reform (Frustrated Contracts) Act, 1943 löst jedoch nicht alle bei der kollisionsrechtlichen Behandlung von Kondiktionsansprüchen sich ergebenden Fragen, da sie nur auf die sich aus "frustrated contracts" ergebenden Ansprüche zugeschnitten ist.

Ähnlich wie die französische und ein Teil der älteren deutschen Doktrin geht die englische Lehre und Rechtsprechung bei der kollisionsrechtlichen Behandlung der Kondiktionsansprüche von quasikontraktlichen Vorstellungen aus. Es wird festgestellt, daß diese Ansprüche grundsätzlich von den vertraglichen und deliktischen verschieden sind. Besonders prägnant in dieser Hinsicht ist die Ausführung von Lord Wright in dem Fall *Fibrosa Spolka Akcyjna v. Fairbairn Lawson Combe Barbour, Limited*<sup>33</sup>:

"It is clear that any civilized system of law is bound to provide remedies for cases of what has been called unjust enrichment or unjust benefit, that is to prevent a man from retaining the money of or some benefit derived from another which it is against conscience that he should keep. Such remedies in English law are generically different from remedies in contract or in tort, and are now recognized to fall within a third category of the common law which has been called quasi-contract or restitution."

---

<sup>32</sup> in diesem Sinne auch Falconbridge S. 428 ff

<sup>33</sup> Lord Wright in A. C. 1943 S. 32 ff (61)

Auf diese Feststellung beruft sich Lipstein<sup>34</sup> wenn er in der Rule 179 feststellt: "The rights and obligations of the parties to a quasi-contractual relationship are determined in accordance with the proper law of the quasi-contractual relationship. Semble, the proper law of the quasi-contractual relationship is determined as follows: (1) if the claim arises out of a contract, the proper law is the proper law of the contract; (2) if the claim arises in relation to an immovable (land), the proper law is the law of the country where the immovable is situated (lex situs); (3) if the claim arises in any other circumstances, the proper law is the law of the country where the enrichment giving rise to such a claim occurs."

In Gutterigde-Lipstein entscheidet sich Lipstein allerdings für die lex loci actus<sup>35</sup>. Seine Ausführungen dort sind deshalb besonders interessant, weil er die Schwierigkeiten, die bei der Bestimmung des Ortes der Bereicherung auftreten, erkennt. Er entscheidet aber in Übereinstimmung mit dem Restatement "that the locus is the place in which the payment of money or transfer of property occurs which constitutes the unjustifiable enrichment". Schließlich schenkt er dem Umstand, daß der Ort der Vermögensverschiebung rein zufällig sein kann, Beachtung, bringt jedoch als Gegenargumente, mit denen er diese Schwierigkeiten zu überspielen versuchte, vor, "it would seem that the law of the place in which the money is paid or in which the property becomes vested in the person who is enriched will in the great majority of instances be the law which has the closest connexion with the enrichment. It operates independently of the nationality or domicile of the parties.

---

34 Lipstein in Dicey S. 927 ff

35 Lipstein in Gutterigde-Lipstein S. 89 ff

It avoids the employment of a cumulation of legal fictions and does not lend itself, save in exceptional cases, to attempts to turn a rule of conflict to the profit of on or other of the parties. It meets the cases of restitution *ex aequo et bono* and also the cases in which a contract to restore is implied by law."

In dieser Deduktion Lipsteins - deshalb verdiente sie Erwähnung - tritt besonders klar hervor, daß die Verfechter eines einheitlichen Anknüpfungsprinzips für alle denkbaren Bereicherungsansprüche sich nur an von ihnen für typisch erachteten Bereicherungsfällen orientieren und bewußt in davon abweichenden Fällen zur Erhaltung ihres Prinzips unbefriedigende Entscheidungen in Kauf nehmen.

Martin Wolff<sup>36</sup> lehnt auch für das englische Recht eine kollisionsrechtlich einheitliche Behandlung aller Kondiktionsansprüche ab und schlägt eine ähnlich differenzierte Lösung wie für das deutsche Recht vor.

Zur grundsätzlichen Maßgeblichkeit der *lex causae conditionis* für die hier zu erörternden Ansprüche gelangt auch Munkman<sup>37</sup>, indem er davon ausgeht, daß "*quasi-contractual claims usually arise out of some transaction which is already subject to some code of law.*" Auf Fälle, in denen "*for any reason*" die *lex causae conditionis* nicht anwendbar sein kann, will auch Munkman die *lex loci actus* anwenden.

Entscheidungen englischer Gerichte über die hier zu erörternden Fragen sind äußerst selten. Auffallend ist jedoch die Übereinstimmung in der Lösung des Problems. Bereits 1924 wurde im Falle *Cantiare San Rocco, S. A. v. Clyde Shipbuilding and Engineering Company, Ltd*<sup>38</sup> ein Bereicherungsanspruch schottischem Recht unterstellt, weil schot-

---

36 Martin Wolff, PIL S. 499 ff

37 Munkman S. 102

38 (1924) A. C. 226

tisches Recht den Vertrag beherrscht hatte, auf Grund dessen die Vermögensverschiebung erfolgte. Auch die übrigen Entscheidungen betreffen Fälle, in denen auf einen Fondiktionsanspruch dasselbe Recht angewandt wurde, das den Vertrag beherrschte, der die Grundlage für die Vermögensverschiebung gebildet hatte; so der bereits erwähnte Fall *Fibrosa v. Fairbairn*. Besonders klar wurde diese Auffassung der englischen Gerichte durch Jenkins im Falle *Arab Bank LD v. Barclays Bank (Dominion, Colonial and Overseas)*<sup>39</sup> zum Ausdruck gebracht, als er feststellte: "... if the cancellation of the contractual debt was brought about by Israeli law, it would at least be logical also to look to Israeli law for the consequences of such cancellation, and to regard any substituted obligation as the creature of that law".

## V. Die Vereinigten Staaten

In den Vereinigten Staaten werden die Fondiktionsansprüche ebenfalls der Gruppe der Quasi-Kontrakte zugeordnet, eine Entwicklung, die in Anlehnung an englisches Recht sich dennoch auf teils eigenständigen Bahnen vollzog<sup>40</sup>.

In der kollisionsrechtlichen Behandlung der Ansprüche aus Quasi-Kontrakten herrscht auch hier keine Übereinstimmung. Das *Restatement of the Law*<sup>41</sup> will diese Ansprüche einheit-

---

39 Jenkins L.J. in (1953) 2 Q. B. 527, 572

40 vgl. Dawson S. 21 ff; Friedmann S. 28 ff

41 Conflict of Laws § 452: "The law of a place where a benefit is conferred determines whether the conferring of the benefit creates a right against the recipient to have compensation. § 453: When a person is alleged to have been unjustly enriched the law of the place of enrichment determines whether he is under a duty to repay the amount by which he has been enriched

lich an das Recht des Ortes anknüpfen, wo "a benefit is conferred" oder die Bereicherung vollzogen ist, wobei, wie die Erläuterung zeigt, auf den Ort der tatsächlichen Handlung abgestellt werden soll.

Diese Lösung wird von Beale<sup>42</sup> gebilligt, der sich mit der kategorischen Feststellung begnügt: "It seems clear that a right arising on quasi-contract is determined by the place where the benefit or other enrichment is rendered."

Gegen eine solche Behandlung wendet sich Rabel<sup>43</sup>. Nach rechtsvergleichenden Untersuchungen kommt er zu dem Satz: "It is generally agreed that the question whether an enrichment is justified must be determined by the law under which its acquisition takes effect. It is submitted that the same law governs the action for restitution as a whole." Wenn die Vermögensverschiebung auf Grund eines Vertrages erfolgt ist, muß das diesen Vertrag beherrschende Recht auch den Ausgleich schaffen, wenn der Vertrag unwirksam ist, wobei der Ort, an dem die Vermögensverschiebung eingetreten ist, ohne Bedeutung ist. Diese Auffassung hält Rabel auch dann für begründet, wenn der Vertrag von vornherein nichtig war oder mit rückwirkender Kraft vernichtet wurde, und zwar sei ein "aftereffect" vorhanden, der den Anspruch dem Recht des Vertrages zuweist. Für die aus Verletzung des Eigentums oder anderer dinglicher Rechte entstehenden Bereicherungsansprüche hält Rabel<sup>44</sup> die "lex situs" für maßgebend. "The lex situs, indispensable for the disposition of property, hence, must also furnish the rule on enrichment."

Damit hat Rabel für das amerikanische Recht Gedanken entwickelt, wie sie sich in den bereits untersuchten Rechtsordnungen vor allem in neuerer Zeit herausgebildet haben. Inwieweit in der amerikanischen Lehre und Praxis sich diese Ansichten durchzusetzen vermochten, kann nicht beurteilt

---

42 Beale S. 1429.

43 Rabel, The Conflict of Laws III S. 366 ff

44 Rabel, The Conflict of Laws III S. 374 ff

werden. Namhafte amerikanische Rechtswissenschaftler, wie Goodrich und Stumberg, erwähnen in ihren Darstellungen des Kollisionsrechts das hier zu behandelnde Problem überhaupt nicht<sup>45</sup>. Auch Entscheidungen amerikanischer Gerichte zu diesen Fragen waren nicht aufzufinden, und da Rabel in seiner sehr gründlichen Darlegung selbst auf das Fehlen solcher Entscheidungen hinweist, ist zu vermuten, daß sie nicht vorhanden sind.

---

<sup>45</sup> Goodrich, Handbook of the Conflict of Laws, 3. Aufl. 1949  
Stumberg, Principles of Conflict of Laws, 2. Aufl. 1951

### 3. Kapitel

#### Die Typen der Kondiktionsansprüche in ihren Auswirkungen auf das Internationale Privatrecht

Wie aus den vorangegangenen Ausführungen zu entnehmen ist, krankt die bisherige kollisionsrechtliche Behandlung der Konditionen wesentlich an dem Mangel einer richtigen Kenntnis von dem Charakter und der Funktion der Bereicherungsansprüche. Der kardinale Fehler in dem weitaus überwiegenden Teil der bisherigen Lehre liegt in der Ignorierung der Verschiedenartigkeit der einzelnen Konditionen. Das mußte zu Versuchen führen, ein einheitliches Anknüpfungsprinzip für alle Bereicherungsansprüche zu suchen oder nur solche Ansprüche gesondert zu behandeln, die in Anlehnung an ein Rechtsgeschäft, und solche, die unabhängig von einem Rechtsgeschäft entstanden sind, womit alle typischen Eigenschaften der verschiedenen Ansprüche außer acht gelassen wurden, die eine Sonderbehandlung erfordern.

Auch die Vielzahl der unbefriedigenden Anknüpfungsprinzipien konnte nur entstehen, weil der Platz, den die einzelnen Bereicherungsansprüche innerhalb der Rechtsordnung einnehmen, noch nicht hinreichend bekannt war. Diese notwendige Klarstellung hat erst die von v. Caemmerer<sup>1</sup> durch Konkretisierung der Frage nach der Unrechtmäßigkeit herausgearbeitete Typenbildung innerhalb der Bereicherungsansprüche gebracht. Er unterscheidet im wesentlichen folgende Bereicherungstypen: die Leistungskondition, die Bereicherung aus fremdem Gut, die Rückgriffsfälle, die Verwendungen und den Versionsanspruch. Im Rahmen dieser Arbeit kann die von von Caemmerer erarbeitete Typologie der Kondiktionsansprüche keiner ein-

---

von Caemmerer S. 337, 340 ff

gehenden Erörterung unterzogen werden. Für die Zwecke der folgenden Untersuchungen erscheint die Feststellung ausreichend, daß die Deduktion von Caemmerers durchaus zu überzeugen vermag. Die Charakterisierung der einzelnen Typen der Bereicherungsansprüche durch von Caemmerer wird im folgenden bei der Behandlung des jeweiligen Typus Erwähnung finden.

Die von von Caemmerer vertretene Typisierung der Bereicherungsansprüche hat für die kollisionsrechtliche Behandlung der Konditionen ganz besondere Bedeutung, denn stärker als im materiellen Recht hängt die kollisionsrechtliche Entscheidung des Einzelfalles von der Berücksichtigung der Charakteristika der einzelnen Ansprüche ab. Wie im materiellen Recht muß auch im Kollisionsrecht der Frage nach der Unrechtmäßigkeit der Bereicherung eine entscheidende Bedeutung zugemessen werden. Daß dieses in der bisherigen Lehre und Rechtsprechung teilweise erkannt worden ist, ohne daß jedoch immer die erforderlichen Konsequenzen daraus gezogen wurden, zeigt die Sonderbehandlung, die diese Frage als "Vorfrage" oder als Sonderanknüpfung und allgemein bei den Vertretern des Anknüpfungsprinzips der *lex causae conditionis* erfahren hat.

Die Unrechtmäßigkeit der Bereicherung ist auch das Element des Bereicherungsanspruches, das am deutlichsten auf eine bestimmte Rechtsordnung weist, nämlich auf die, die deshalb befugter Maßen eine Vermögensverschiebung als unrechtmäßig bezeichnet, weil diese selbst ihr unterstand.

Die Typisierung der Bereicherungsansprüche leistet dem Kollisionsrecht jedoch noch einen weiteren sehr bedeutenden Dienst. Kommt man mit der sich in neuerer Zeit mehr und mehr durchsetzenden Meinung zur Maßgeblichkeit des Anknüpfungsprinzips der *lex causae conditionis*, so bleibt immer noch die Frage offen, welche Rechtsordnung dieses im konkreten Fall ist. Die Bestimmung dieser maßgeblichen

Rechtsordnung bereitet ohne die Anwendung der Caemmererschen Typologie dann erhebliche Schwierigkeiten, wenn ein greifbares Grundgeschäft als Ursache für die Vermögensverschiebung nicht erkennbar oder gar nicht vorhanden ist. Nur unter Zugrundelegung der Typologie der Kondiktionen ist es möglich, die zur Entscheidung über den einzelnen Kondiktionsanspruch maßgebliche Rechtsordnung zu finden. Denn nur innerhalb der Typen trifft man solche Gemeinsamkeiten an, die eine einheitliche Behandlung rechtfertigen können.

## I. Die Leistungskondiktion

In der Leistungskondiktion sieht von Caemmerer<sup>2</sup> materiell-rechtlich einen "Rückabwicklungsanspruch", der "als Ergänzung und Störungskorrektiv zum Recht der Güterbewegung" gehört. Daran schließt er die Feststellung an, daß "die Leistungsrückforderung wegen Mangels oder Wegfalls der causa auf derselben Ebene wie sonstige schuldrechtliche Abwicklungsansprüche bei Darlehn, Leihe, Miete, Verwahrung, beim Rücktritt und bei der Wandlung steht".

Dieser Ansicht sind Kötter<sup>3</sup> und Scheyhing<sup>4</sup> gefolgt.

In dieser Charakterisierung der Leistungskondiktion ist eine Fülle von Anhaltspunkten für die kollisionsrechtliche Behandlung dieser Bereicherungsfälle enthalten.

Die Bezeichnung der Leistungskondiktion als einen "Rückabwicklungsanspruch" bietet einen doppelten Vorteil.

---

<sup>2</sup> von Caemmerer S. 342

<sup>3</sup> Kötter S. 224 ff

<sup>4</sup> Scheyhing S. 379

Einmal enthält dieser Begriff einen deutlichen Hinweis auf die *causa condictio* als den, wie Zweigert<sup>5</sup> es bezeichnet, "Hinweg" der Bereicherung und damit auf das Recht dem diese *causa* unterstand. Zum anderen, und darin dürfte die entscheidende Bedeutung liegen, wird dadurch das Qualifikationsproblem erheblich eingeschränkt. Denn nicht die materiellen Rechtsverhältnisse werden, wie Rabel festgestellt hat, durch das Kollisionsrecht einer bestimmten Rechtsordnung zugewiesen, sondern Lebensverhältnisse<sup>6</sup>. In diesem Sinne ist die Rückabwicklung einer fehlgeschlagenen Leistung ein solches Lebensverhältnis. Es ist also nicht zu prüfen, ob der geltend gemachte Anspruch auch nach der Rechtsordnung, an die er angeknüpft werden soll, ein Kondiktionsanspruch ist, sondern nur zu fragen, ob es sich um einen Rückabwicklungsanspruch handelt, was bei der verschiedenartigen materiellrechtlichen Ausgestaltung der Bereicherungsansprüche im weitesten Sinne in den einzelnen Rechtsordnungen von unschätzbarem Vorteil ist.

Die Feststellung, die Leistungskondiktion gehöre als Ergänzung und Störungskorrektiv zum Recht der Güterbewegung, weist dieser ihren Platz in der Rechtsordnung zu. Für das Kollisionsrecht ist daraus zu folgern, daß die Rechtsordnung, die über die Güterbewegung entscheidet, auch über den Leistungskondiktionsanspruch entscheiden muß, denn es ist unmöglich, die Bestimmungen der einen Rechtsordnung zur Ergänzung einer anderen heranzuziehen. Wenn eine Rechtsordnung lückenhaft ist und deshalb der Ergänzung bedarf, so müssen die Lücken aus dieser Ordnung selbst geschlossen werden. Es ist auch nicht möglich, daß eine Rechtsordnung nur den ungestörten Geschäftsablauf regelt, während eine andere dieser für den Fall der Störung ein Korrektiv zur Verfügung stellt.

---

5 Zweigert Sp. 252

6 Rabel, Das Problem der Qualifikation S. 247

Von Caemmerers weitere Erkenntnis, die Leistungsrückforderung wegen Mangels oder Wegfalls der causa stehe auf derselben Ebene wie die sonstigen schuldrechtlichen Abwicklungsansprüche, ist geeignet, die Richtigkeit der Anknüpfung der Kondiktionsansprüche an die *lex causae conditionis* weiter zu begründen.

Diese Feststellung zwingt geradezu zu der Schlußfolgerung, daß die Kondiktionsansprüche auch kollisionsrechtlich nicht anders behandelt werden können als die übrigen schuldrechtlichen Abwicklungsansprüche. Daß der Anspruch auf Rückgabe einer Sache nach Beendigung der Mietzeit beispielsweise nur nach den Gesetzen zu beurteilen ist, denen auch die übrigen Verpflichtungen der Parteien des Mietverhältnisses unterstanden, kann selbst von denen nicht bestritten werden, die die Bereicherungsansprüche nicht an die *lex causae conditionis* anknüpfen wollen. Es wurde bereits ausgeführt<sup>7</sup>, daß es sich bei der Rückabwicklung unter Verwendung des Rechtsinstituts der ungerechtfertigten Bereicherung nur um eine gesetzestechnische Maßnahme handelt, mit der das Ziel verfolgt wurde, für eine Vielzahl von gleichgelagerten Rückgriffsfällen eine Norm zu schaffen. Die Kondiktionsansprüche können aber nicht deshalb anders beurteilt werden, weil der Gesetzgeber einen Weg der technischen Ausgestaltung gewählt hat, der mit den übrigen schuldrechtlichen Abwicklungsansprüchen nicht übereinstimmt. Die aus gesetzestechnischen Gründen begrüßenswerte Ausgestaltung der Rückabwicklungsansprüche wegen Mangels oder Wegfalls der causa kann keinen Einfluß auf seine materiellrechtliche Bedeutung haben, und materiellrechtlich gesehen ist eben der Kondiktionsanspruch - nach den klaren und überzeugenden Untersuchungen von Caemmerers - wie die sonstigen schuldrechtlichen Abwicklungsansprüche zu behandeln.

Bei der Leistungskondiktion ist noch die weitere Frage

---

<sup>7</sup> vgl. vorn S. 26 und 27

zu beachten, ob kollisionsrechtlich die Fälle einer Sonderbehandlung bedürfen, in denen ein Rechtsverhältnis überhaupt nicht bestand.

Dabei muß unterschieden werden, ob ein solches Rechtsverhältnis zwar von den Parteien gewollt wurde, der gewollte Erfolg aber nicht eingetreten ist, weil z. B. Nichtigkeit vorlag, oder ob die Leistung völlig unabhängig von einem solchen Verhältnis erfolgte, was immer dann der Fall ist, wenn die Leistung irrtümlich dem falschen Adressaten zugeht. Diese Unterscheidung ist deshalb notwendig und für die kollisionsrechtliche Behandlung der Leistungskondition von Bedeutung, weil im ersten Fall von den Beteiligten eine rechtliche Bindung als Grundlage der Vermögensverschiebung gewollt war, die einer bestimmten Rechtsordnung unterstanden hätte. Wegen des Fehlens dieser causa wird nun die Vermögensverschiebung von der sie beherrschenden Rechtsordnung als unrechtmäßig bezeichnet und der Kondiktionsanspruch gewährt.

Schwieriger gestaltet sich die Frage, wenn - wie im zweiten Fall - überhaupt keine rechtlichen Beziehungen vorlagen und auch nicht gewollt waren, also im Fall der abgeirrten Leistung, einer Leistung also, die nach keiner in der Lehre vertretenen Auffassungen als Erfüllung anzusehen ist. Hier kann nur die Konkretisierung der Frage nach der Unrechtmäßigkeit eine Antwort geben.

Unrechtmäßig, d. h. der Rechtsordnung widersprechend ist der Empfang der Leistung, also die Vermögensvermehrung des Bereicherten. Die Rechtsordnung, die einen solchen Vermögenszuwachs beherrscht, ist die, der das Vermögen des Empfängers allgemein untersteht, also die seines Wohnsitzes oder der Niederlassung des Empfängers<sup>8</sup>. Diese Rechtsordnung muß dann auch über den Rückabwicklungsanspruch entscheiden. Eine solche Behandlung hält auch von Caemmerer<sup>9</sup>

---

8 vgl. Raape S. 45

9 von Caemmerer S. 388

für angemessen, während Seufert<sup>10</sup> das Recht des Leistungs-ortes anwenden will, was jedoch wegen der möglicherweise zufälligen Natur dieses Ortes abzulehnen ist.

Als ein weiterer Fall dieser Gruppe wird von der Lehre<sup>11</sup> der sich aus der wirksamen Verfügung eines Nichtberechtigten ergebende Kondiktionsanspruch angesehen. Diese Ansprüche gehören jedoch in die Gruppe der Bereicherung aus fremdem Gut (und sind im nächsten Abschnitt zu untersuchen), denn es handelt sich bei ihnen nicht um eine Störung im Recht der Güterbewegung - die Güterbewegung ist durch die wirksame Verfügung des Nichtberechtigten gerade nicht gestört - sondern um "die Verwendung der Sache im Widerspruch zum Zuweisungsgehalt des Eigentums"<sup>12</sup>.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die Leistungskondiktion an die Rechtsordnung anzuknüpfen ist, der die Leistung selbst unterstand; im Fall der abgeirrten Leistung muß die Rechtsordnung am Wohnsitz oder der Niederlassung des Empfängers entscheiden.

## II. Die Bereicherung aus fremdem Gut

Zu dieser Gruppe der Bereicherungsansprüche zählt von Caemmerer<sup>13</sup> die Fälle, "in denen fremdes Gut gebraucht oder genutzt, verbraucht oder verwertet wird". Es sind dies, wie er weiter feststellt, vor allem die Fälle des "Eingriffserwerbs". Im Gegensatz zu Versuchen, die Unrecht-

<sup>10</sup> Seufert in Staudinger Anm. 62 zu § 812 BGB

<sup>11</sup> vgl. Seufert in Staudinger Anm. 62 zu § 812 BGB; Kegel in Soergel-Siebert Anm. 265 vor Art. 7 EGBGB; Raape S. 528

<sup>12</sup> von Caemmerer S. 353

<sup>13</sup> von Caemmerer S. 352

mäßigkeit der Bereicherung in der Rechtswidrigkeit des Eingriffes zu sehen, meint von Caemmerer, der Auffassung Wilburgs<sup>14</sup> folgend, daß die Unrechtmäßigkeit darin gesehen werden muß, "daß die Verwendung der Sache im Widerspruch zum Zuweisungsgehalt des Eigentums steht. Es ist das Wesen des absoluten Rechts, daß es dem Inhaber ein Gut zuweist. Auf die güterzuordnende Funktion des Eigentums und sonstiger absoluter Rechte stützt sich das Urteil über die Unrechtmäßigkeit der Bereicherung."

Dieser Auffassung hat sich auch Scheyhing<sup>15</sup> angeschlossen, der der Bereicherung aus fremdem Gut ebenfalls eine Schutzfunktion des Eigentums und anderer absoluter Recht zumißt<sup>16</sup>.

Auch diese Charakterisierung der Bereicherung aus fremdem Gut ist der Schlüssel für die kollisionsrechtliche Behandlung dieses Typs von Bereicherungsansprüchen.

Für die kollisionsrechtliche Behandlung dieser Bereicherungsfälle ist der Begriff "Gut" aufzugliedern in körperliche Sachen und Rechte. Soweit es sich bei dem Gut um Sachen, gleichgültig ob bewegliche oder unbewegliche, handelt, befindet man sich im Kollisionsrecht auf sicherem Boden. Für sie übt den allgemeinen Güterschutz die *lex rei sitae* aus. Diese Regel wird heute ganz allgemein anerkannt<sup>17</sup>. Auch für den durch das Bereicherungsrecht ausgeübten Güterschutz kann die Frage nicht anders entschieden werden, denn ob der Schutz durch spezielle, insbesondere sachenrechtliche Vorschriften oder die allgemeineren des Kondiktionsrechts gewährt wird, ist wiederum nur eine Frage der gesetzestechnischen Ausgestaltung und damit ohne materielle

---

14 Wilburg S. 27 ff

15 Scheyhing S. 381

16 auch Westermann §2 II betont die güterzuordnende Funktion

17 vgl. Raape S. 586; Kegel, Lehrbuch S. 228; Schnitzer S. 560 mit weiteren Hinweisen auf die Rechtsprechung und Lehre des Auslands

### Bedeutung.

Ohne Einfluß auf die kollisionsrechtliche Behandlung ist auch die Art und Weise, durch die die güterzuordnende Funktion des Eigentums oder sonstiger absoluter Rechte verletzt wird. Dieses kann durch Realakte, insbesondere durch Verbindung, Vermischung oder Verarbeitung, geschehen, aber auch durch rechtsgeschäftliches Handeln, wie bei der Verfügung eines Nichtberechtigten über einen Gegenstand, die dem Berechtigten gegenüber wirksam ist, denn auch im letzten Fall erlangt der Nichtberechtigte durch die Verfügung über das fremde Gut etwas, was dem Berechtigten gehört.

Damit kommt man also für die kollisionsrechtliche Behandlung der Bereicherung aus fremdem Gut, soweit es sich bei dem Gut um Sachen handelt, zur Maßgeblichkeit der *lex rei sitae*.

Eine solche Behandlung der Bereicherungsfälle wird auch von dem überwiegenden Teil der neueren Lehre im Ergebnis gebilligt<sup>18</sup>. Die Kondiktionsansprüche wegen Verbindung, Vermischung oder Verarbeitung werden allgemein der *lex rei sitae* unterstellt<sup>18</sup>.

Wenn Balastér<sup>19</sup> für die Realakte die *lex loci actus* als maßgebend bezeichnet, so bedeutet das im Ergebnis keinen Unterschied zu der herrschenden Meinung, denn es ist in diesen Fällen die *lex loci actus* regelmäßig mit der *lex rei sitae* identisch.

Merkwürdig ist allerdings, daß auch von Caemmerer<sup>20</sup> trotz seiner klaren Ausgangsposition für die kollisionsrechtliche Behandlung dieser Gruppe von Bereicherungsfällen in Analogie zum Deliktsrecht die Maßgeblichkeit der *lex loci actus* vorschlägt, die sich freilich bei Sachen wegen der Identität mit der *lex rei sitae* bei der praktischen Lösung nicht

---

<sup>18</sup> vgl. Kegel, Lehrbuch S. 215, in Soergel-Siebert Anm 265 vor Art. 7 EGBGB; Martin Wolff, IPR S. 169; Seufert in Staudinger Anm. 62 zu § 812 BGB; Raape S. 527 ff. Ferner BGH in NJW 1960 S. 775

<sup>19</sup> Balastér S. 96 ff

<sup>20</sup> von Caemmerer S. 388

auswirkt.

Bei der Behandlung der Frage, wie kollisionsrechtlich die Verfügung eines Nichtberechtigten über ein Recht, die dem Berechtigten gegenüber wirksam ist, zu lösen ist, befindet man sich auf weit unsichererem Boden. Der Ausgangspunkt ist allerdings klar, auch eine solche Verfügung eines Nichtberechtigten ist eine Bereicherung aus fremdem Gut, denn auch die obligatorischen Rechte sind Vermögensobjekte, die unter dem Sammelbegriff "Gut" einzuordnen sind. Dabei ist es für die hier zu behandelnde Frage gleichgültig, ob man z. B. Forderungen als absolute Rechte auffaßt, wie das von Caemmerer<sup>21</sup> zu tun scheint, oder ob man mit der herrschenden Meinung dies verneint. Verneint man es, so bedarf lediglich die von von Caemmerer entwickelte Charakterisierung der Bereicherung aus fremdem Gut dahin der Erweiterung, daß auch obligatorische Rechte von ihr erfaßt werden. Eine solche Erweiterung würde keine inhaltliche Änderung bedeuten, denn in der von von Caemmerer gewählten Formulierung soll nach seiner Auffassung die Forderungen als absolute Rechte bereits enthalten sein. Ein solches Vorgehen ist auch sachlich gerechtfertigt, denn durch das Bereicherungsrecht soll das Vermögen nicht nur insoweit geschützt werden, als es sich um absolute Rechte handelt, sondern das gesamte Vermögen ist Schutzobjekt dieses Kondiktionsanspruches.

Mit der Einordnung der Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung wegen einer wirksamen Verfügung eines Nichtberechtigten über ein Recht in die Gruppe der hier zu behandelnden Fälle der Bereicherung aus fremdem Gut ergibt sich deren Unterstellung unter die Gruppencharakteristika. Das bedeutet für die Rechte, daß sie durch die wirksame Verfügung des Nichtberechtigten im Widerspruch zu ihrer Zuweisung an ein bestimmtes Rechtssubjekt verwendet wurden. Daraus folgt, daß über den aus der wirksamen Verfügung

---

21 von Caemmerer S. 355

eines Nichtberechtigten über ein Recht sich ergebenden Kondiktionsanspruch nur die Rechtsordnung entscheiden kann, die die Verfügung des Nichtberechtigten beherrscht. (Welche Rechtsordnung im Einzelfall diese Verfügung beherrscht, ist nach der für die Verfügung geltenden kollisionsrechtlichen Regelung zu entscheiden.) Diese Rechtsordnung sanktioniert die Verfügung, die im Widerspruch zur Zuweisung des Rechts an den berechtigten Inhaber steht, weshalb diese Rechtsordnung auch die als unrechtmäßig anzusehende Vermögensverschiebung auszugleichen hat.

Ein solches Vorgehen steht im Einklang mit der heute herrschenden Lehre<sup>22</sup>, während von Caemmerer<sup>23</sup> auch diese Fälle der *lex loci actus* unterstellen will. Die von von Caemmerer zur Begründung seiner Ansicht vertretene Analogie zum Deliktsrecht erscheint bedenklich. Es ist für diese Fälle gerade nicht, wie für das Deliktsrecht, der rechtswidrige Eingriff in das fremde Gut typisch, sondern die Verletzung der Zuordnungsfunktion des Rechts. Der Schwerpunkt für diese Ansprüche liegt also nicht in einer rechtswidrigen Handlung des Bereicherten, sondern in der - zwar durch eine Handlung vollzogenen - Verwendung des Rechts im Widerspruch zu dessen Zuweisung an ein bestimmtes Rechtssubjekt. Daraus ergibt sich, daß nicht über diese Kondiktionsansprüche die Rechtsordnung entscheidet, die am Ort der Tat herrscht, sondern nur die, die die Verfügung des Nichtberechtigten beherrscht.

Der von von Caemmerer in seiner Lösung hervorgehobene Erfolg, daß bei Unterwerfung dieser Gruppe von Bereicherungsansprüchen unter die *lex loci actus* trotz verschiedenartiger Qualifikation dieser Ansprüche als Schadensersatz, Wertersatz oder Gewinnherausgabe eine einheitliche Anknüpfung möglich wäre, wird auch bei dem hier vertretenen Anknüpfungsprinzip erreicht. Zur Erreichung dieses Zieles ist es nämlich nur erforderlich, daß man genau wie bei den Fällen der Leistungskondiktion die Anknüpfung an die *lex*

---

22 vgl. Kegel, Lehrbuch S. 215 und in Joergel-Siebert Anm. 265 vor Art. 7 EGBGB; Raape S. 527 ff; Seufert in Staudinger Anm. 62 zu § 812 BGB; M. Wolff, IPR S. 169

23 von Caemmerer S. 388

causae conditionis unabhängig davon durchführt, wie nach dieser der Anspruch zu qualifizieren wäre.

Im Rahmen dieser Untersuchungen ist nun noch die besondere Frage der *res in transitu* zu behandeln. Die *res in transitu* weisen bekanntlich die Eigentümlichkeit auf, daß sie keinen Ruhepunkt haben, an dem sie belegen sind, d. h. also, daß das Anknüpfungsprinzip der *lex rei sitae* nicht in allen Fällen das geeignete ist. Ist bei einer Bereicherung aus fremdem Gut das Gut eine *res in transitu*, so muß man im Einklang mit den oben genannten Prinzipien fragen, welche Rechtsordnung übt den Güterschutz für dieses Gut aus und muß dann dieser Rechtsordnung die Bereicherungsansprüche unterstellen.

Allgemein wird angenommen, daß eine Sache, die von einem Land in ein anderes gebracht wird, damit auch das Sachstatut wechselt<sup>24</sup>. Schickt der Deutsche D aus Deutschland dem Holländer H nach Holland eine Sache, die D bei seinem bevorstehenden Besuch bei H verbrauchen wollte, glaubt H jedoch, die Sache sei für ihn bestimmt, und verbraucht sie, so richtet sich der Ausgleichsanspruch des D gegen H nach holländischem Recht als dem Recht der *lex rei sitae* im Zeitpunkt des Verbrauchs. Darin liegt keine Besonderheit und auch nicht die Problematik der eigentlichen *res in transitu*, denn hier hatte die Sache einen festen Standort, an dem sie im Zeitpunkt des Verbrauchs belegen war.

Wie wäre aber zu entscheiden, wenn D eine Sache von Deutschland nach Frankreich schickt und auf dem Transport durch Holland wird sie verbraucht? Zitelmann<sup>25</sup> will auch auf einen solchen Fall die *lex rei sitae* anwenden, da jede andere Lösung "einen Widerspruch gegen das völkerrechtlich anerkannte allgemeine Prinzip der Gebietshoheit

---

24 vgl. Kegel, Lehrbuch S. 230; Raape S. 587; Nußbaum S. 311 ff verneint auf diesen Grundsatz gestützt jedes Sonderproblem der *res in transitu*, indem er annimmt, daß die Sache "in jedem Teil der Reise unter der Herrschaft der jeweiligen *lex rei sitae* steht".

25 Zitelmann S. 354

enthalten" würde. Auch Frankenstein<sup>26</sup> sieht für den Fall, daß sich die räumliche Lage der Sache im Zeitpunkt der Einwirkung feststellen läßt, kein Problem, da in solchen Fällen stets die *lex rei sitae* zu entscheiden habe. Diese Meinungen haben den Vorzug der Konsequenz und der besonders einfachen Handhabung. Sie vermögen das Problem jedoch nicht befriedigend zu lösen.

Betrachtet man den zuletzt gebildeten Fall, so drängt sich von vornherein die Unterscheidung auf, ob die Sache nur zufällig auf holländischem Gebiet, beispielsweise von dem den Transport während der ganzen Reise begleitenden Personal, verbraucht wurde - was ebensogut schon in Deutschland oder erst in Frankreich hätte geschehen können - oder ob der Verbrauch während des Umladens in Holland mit Beziehung auf die Umladearbeiten erfolgt ist. In der letzten Fallmodalität ist das Recht des Ortes, an dem die Sache zur Zeit des Verbrauches belegen war, allein für den Güterschutz und damit auch für die Bereicherungsansprüche wegen des Verbrauchs fremden Guts maßgebend, da die Sache hier einen gewissen Ruhepunkt gefunden hatte.

Ist aber die Sache nur zufällig während des Transports in einem Durchgangsland verbraucht worden, so ist die Frage nach der Rechtsordnung, die den Güterschutz zu bewirken hat, nicht schematisch an die *lex rei sitae* im Zeitpunkt des Verbrauchs zu knüpfen. Eine solche Behandlung verbietet sich schon deshalb, weil Zufälligkeiten nicht geeignet sind, eine Grundlage für befriedigende Lösungen von Rechtsfragen abzugeben. Das verbrauchte Gut hat aber auch keine Beziehung zu der Rechtsordnung, unter deren räumlicher Herrschaft sich rein zufällig der Verbrauch vollzog, so daß diese Rechtsordnung auch nicht den Güterschutz bewirken kann. "Die Berührung mit dem Transitlande ist hier eine so flüchtige und wenig intensive", daß auch Lewald<sup>27</sup> für die

---

26 Frankenstein, IPR S. 50; ebenso Nußbaum S. 311 ff

27 Lewald S. 191

Anwendung der *lex rei sitae* keine innere Berechtigung sieht. Das Gut ist anders als in den oben gebildeten Fällen in dem Durchgangsland nicht zur Ruhe gekommen, auch nicht vorübergehend, und kann damit nicht der *lex rei sitae* als der Rechtsordnung des Ruhepunktes einer Sache unterstellt werden.

Der Ruhepunkt einer Sache darf allerdings nicht zeitlich so aufgefaßt werden, als müsse sie für eine bestimmte Zeit im Geltungsbereich einer Rechtsordnung belegen sein; es soll darunter nur verstanden werden, daß die Sache über den bloßen Durchgang durch ein Land hinaus besondere Gegebenheiten ausgesetzt ist, die die Verbindung zu dessen Rechtsordnung bewirken.

Für die Lösung der Frage, welche Rechtsordnung für die Sachen, die sich nicht in Beziehung zum Durchgangsland befanden, den Güterschutz ausübt und damit auch über diese Gruppe von Bereicherungsfällen zu entscheiden hat, bieten sich mehrere Lösungsmöglichkeiten an und werden von der Lehre auch vertreten, nämlich die *lex domicilii* des Berechtigten, die Rechtsordnung des Absendeortes oder die des Bestimmungsortes.

Für die Maßgeblichkeit der Rechtsordnung des Wohnsitzes des Berechtigten tritt von Bar<sup>28</sup> in Anlehnung an die Meinung Savignys ein. Eine solche Auffassung widerspricht jedoch dem allgemeinen kollisionsrechtlichen Prinzip, nach dem Sachenrechte grundsätzlich nach der *lex rei sitae* zu beurteilen sind. Denn ob die *lex domicilii* des Berechtigten jemals die *lex rei sitae* der Sache war, die sich zur Zeit ihres Verbrauchs auf Reisen befand, ist nicht sicher, es sind jedenfalls Fälle denkbar, in denen sie es nie war. Wenn aber die Sache niemals der *lex domicilii* des Berechtigten als der *lex rei sitae* unterstanden hat, dann kann diese auch nicht deshalb plötzlich anwendbar werden, weil im Augenblick des Verbrauchs die derzeitige *lex rei sitae*

---

28 v. Bar, Lehrbuch S. 605 ff

ein ungeeignetes Anknüpfungsprinzip ist; so weit kann man sich auch in Ausnahmefällen nicht von einem allgemeinen Grundsatz entfernen.

Mit der Ablehnung dieses Anknüpfungsprinzips bleiben die Möglichkeiten der Anknüpfung an die Rechtsordnung des Absende- oder des Bestimmungsortes.

Für die Rechtsordnung des Absendeortes spricht der Umstand, daß dort die Sache ihren letzten Ruhepunkt hatte und damit diese Rechtsordnung den Güterschutz ausübte, solange sie sich noch nicht auf dem Transport befand. Den Bestimmungsort hingegen hat sie überhaupt nicht erreicht - was zugleich ein Argument gegen die Maßgeblichkeit der Rechtsordnung des Bestimmungsortes ist -. Andererseits hat die Sache den Absendeort verlassen und befand sich auf dem Wege zum Bestimmungsort, d. h. sie war im Begriff des Statutenwechsels, oder wie Raape<sup>29</sup> es ausdrückt, war sie durch die Versendung an den Bestimmungsort in eine Beziehung zu diesem getreten, die eine Anknüpfung an dessen Rechtsordnung rechtfertigen könnte.

Bei der Entscheidung, welche Rechtsordnung nun letztlich maßgebend sein soll, gibt Lewald<sup>30</sup> dem Recht des Bestimmungsortes den Vorzug, da dies einem "praktischen Bedürfnis" entspreche. Kegel<sup>31</sup> will die maßgebliche Rechtsordnung mit Hilfe des Parteiwillens oder wenigstens ihrer Vorstellung ermitteln. Beide Vorschläge können nicht befriedigen.

Eine für alle Fälle passende Entscheidung dürfte überhaupt nicht zu treffen sein. Die Meinung Kegels trägt dem zwar Rechnung, jedoch erscheinen Parteiwille bzw. -vorstellung nicht die geeigneten Kriterien zu sein, die Frage zu entscheiden. Entscheidend muß vielmehr sein, zu welcher Rechtsordnung, der des Bestimmungs- oder des Absendeortes, die Sache stärkere Beziehungen hatte. War eine Sache zum Bei-

---

29 Raape S. 617

30 Lewald S. 191

31 Kegel, Lehrbuch S. 232

spiel ohne oder gegen den Willen des Berechtigten zur res in transitu geworden und wurde sie zufällig in einem Transitlande verbraucht, so daß nach dem oben Erörterten die *lex rei sitae* nicht den Güterschutz bewirken kann, so ist die Verbindung der Sache zu dem Absendeort größer als zu dem Bestimmungsort. In solchen Fällen kann nur die Rechtsordnung des Absendeortes den Güterschutz bewirken.

Es kann also die Frage nach der maßgeblichen Rechtsordnung stets nur von Fall zu Fall entschieden werden, und zwar unter Berücksichtigung der konkreten Beziehungen der Sache zu der einen oder anderen Rechtsordnung.

Nicht anders sollte die Frage nach der maßgeblichen Rechtsordnung für den Güterschutz, und damit auch für die Bereicherung aus fremdem Gut, beurteilt werden, wenn der Ort, an dem sich die Sache zur Zeit des Eingriffs befand, überhaupt nicht bekannt ist. Auch hier kann es nur darauf ankommen festzustellen, zu welcher Rechtsordnung die Sache die stärksten Beziehungen hatte, zu der des Absende- oder des Bestimmungsortes.

Auch die eigentlichen Transportmittel wie Eisenbahnwagen, Kraftfahrzeuge und dergleichen sind res in transitu, für die eine ähnliche Problematik zutrifft, und zwar häufig im verstärkten Maße, da sie stärker als andere Sachen einem Gebietswechsel unterworfen sind. Auch für sie kann die Maßgeblichkeit der *lex rei sitae* für den Güterschutz zu unerträglichen Ergebnissen führen. In solchen Fällen ist das Problem jedoch einfacher zu lösen. Die stärkste Beziehung dieser Sachen besteht in diesem Fall zu ihrem Standort, Heimathafen oder allgemein dem Ort, "von dem aus sie eingesetzt werden"<sup>32</sup>.

---

<sup>32</sup> so Kegel, Lehrbuch S. 233; in diesem Sinne ferner Lewald S. 192 ff; Raape S. 619; Nußbaum S. 313 ff will für Schiffe das Recht der Flagge, für Binnenschiffe das Recht des Heimathafens, für Luftschiffe und Flugzeuge das Recht des Staates, in dessen Register das Luftfahrzeug eingetragen ist, für Kraftfahrzeuge und Eisenbahnen die *lex rei sitae* als maßgebend angewendet wissen. Eine solche Unterscheidung ist durch nichts gerechtfertigt. Frankenstein, IPR S. 59 ff lehnt jede Sonderbehandlung der Transportmittel ab, da sie sich in keiner Weise von den übrigen beweglichen Sachen unterscheiden würden.

Die res in transitu stehen also stets unter dem Güterschutz derjenigen Rechtsordnung, zu der sie die stärksten Beziehungen haben. Grundsätzlich ist das die *lex rei sitae*, in besonderen Fällen kann jedoch die Beziehung zu dem Recht des Absende- oder des Bestimmungsortes, bei Transportmitteln zu ihrem Standort oder Heimathafen stärker sein, als zur *lex rei sitae*. Die Rechtsordnung, die den Güterschutz für die res in transitu bewirkt, ist dann gemäß den oben dargelegten Grundsätzen auch für die Entscheidung über einen Anspruch wegen Bereicherung aus fremdem Gut zuständig.

Zusammenfassend läßt sich über die kollisionsrechtliche Behandlung der Bereicherung aus fremdem Gut feststellen, daß sie der Rechtsordnung unterliegt, die den Güterschutz für das betreffende Gut ausübt, das heißt für Sachen grundsätzlich die *lex rei sitae*; ist diese bei den res in transitu rein zufälliger Natur oder überhaupt nicht festzustellen, so entscheidet die Rechtsordnung, zu der die Sache die stärkste Beziehung hat; Bereicherungsansprüche wegen dem Berechtigten gegenüber wirksamer Verfügungen eines Nichtberechtigten über ein Recht richten sich nach der diese Verfügung beherrschenden Rechtsordnung.

### III. Rückgriffsfälle als Bereicherungsansprüche

Unter diese Gruppe der Bereicherungsansprüche sind die Fälle des Rückgriffs wegen Zahlung einer fremden Schuld einzuordnen, wenn die Zahlung nicht ihre Grundlage in einem Vertragsverhältnis zwischen dem Zahlenden und dem Schuldner hatte oder wenn der Anspruch durch *cessio legis* auf

den Zahlenden übergegangen ist. Ferner gehören hierher auch die Fälle von ein- und mehrstufiger Solidarität<sup>33</sup>, in denen allerdings das deutsche Recht - z.B. in § 426 BGB - den Rückgriff ebenfalls häufig durch besondere Rechtsinstitute regelt. Eine Behandlung im Rahmen dieser Gruppe von Bereicherungsfällen erscheint jedoch erforderlich, da im geltenden deutschen Recht nicht immer der Rückgriff über solche Rechtsbehelfe vollzogen werden kann, insbesondere aber auch, weil nicht alle Rechtsordnungen besondere Rechtsbehelfe bereithalten müssen.

Diese Ansprüche werden von von Caemmerer<sup>34</sup> dadurch charakterisiert, daß "die Bereicherung des durch die Zahlung entlasteten Schuldners oder Mitschuldners hier ungerechtfertigt" ist, "weil die Entlastung im Widerspruch zu der dem Recht entsprechenden endgültigen Lastenverteilung steht".

Der kollisionsrechtlichen Behandlung dieser Fälle wurde bisher auch von denjenigen, die sich gegen eine einheitliche Anknüpfung aller Bereicherungsansprüche gewandt haben, keine Beachtung geschenkt. Das mag daran liegen, daß im internen materiellen Recht die Notwendigkeit, diese Fälle in einer besonderen Gruppe zusammenzufassen, erstmalig von von Caemmerer erkannt worden ist. In neuester Zeit wird die Bildung einer besonderen Gruppe der Rückgriffsfälle innerhalb des Bereicherungsrechts auch von Scheyhing<sup>35</sup> für erforderlich gehalten.

---

33 Die Termini "ein- und mehrstufige Solidarität" sollen in der von von Caemmerer gebrauchten Bedeutung der Mithaftung für Schulden, die ein anderer endgültig zu tragen oder doch anteilig mittragen muß, gebraucht werden, da es für die in diesem Rahmen zu erörternden Fragen nicht auf die Streitfragen des materiellen Rechts ankommt.

34 von Caemmerer S. 360, vgl. auch S. 360 ff zu den materiellrechtlichen Fragen dieser Gruppe von Bereicherungsfällen.

35 Scheyhing S. 380

In der Charakterisierung dieser Bereicherungsansprüche als Ausgleich für eine im Widerspruch zu der dem Recht entsprechenden endgültigen Lastenverteilung stehenden Entlastung des eigentlichen Schuldners, sind die für die kollisionsrechtliche Behandlung dieser Fälle wesentlichen Punkte bereits enthalten.

Steht nämlich die Entlastung dessen, der letztlich die Schuld oder wenigstens einen Teil der Schuld zu tragen hat, "im Widerspruch zu der dem Recht entsprechenden endgültigen Lastenverteilung", so muß die Rechtsordnung, die die endgültige Lastenverteilung bestimmt, auch den Weg regeln, auf dem dieses zu geschehen hat.

Eine solche Behandlung steht im Einklang mit dem zu Beginn dieses Abschnittes erörterten Prinzip von der maßgeblichen Bedeutung der Unrechtmäßigkeit auch für die kollisionsrechtliche Behandlung der einzelnen Typen der Kondiktionsansprüche. Darüberhinaus ist der vorgeschlagene Weg allein geeignet, brauchbare Lösungen für die Bestimmung der Rechtsordnung zu schaffen, die über den Bereicherungsanspruch entscheiden muß.

Betrachtet man nun den Bereicherungsfall wegen Zahlung einer fremden Schuld unter den soeben erörterten Gesichtspunkten, so ergibt sich, daß die die endgültige Lastenverteilung regelnde Rechtsordnung und damit die für die Entscheidung über den Kondiktionsanspruch berufene nur diejenige sein kann, der die fremde Schuld unterstand. Diese Rechtsordnung weist allein den Schuldner als den zur Zahlung verpflichteten aus und nur sie kann dies tun. Es wäre sachlich keine andere Möglichkeit denkbar, die eine annehmbare Lösung schaffen könnte. Wenn das Schuldstatut den Schuldner durch die Leistung des Dritten von seiner Schuld als befreit ansieht, dann kann auch nur dieses Statut die Frage regeln, ob an Stelle des ursprünglichen Anspruches des Gläubigers gegen den Schuldner der Dritte, der diesen

Anspruch erfüllt hat, seinerseits einen Ersatzanspruch gegen den Schuldner haben soll.

Nicht anders kann in den Fällen der ein- und mehrstufigen Solidarität entschieden werden. Auch hier untersteht die Schuld einer bestimmten Rechtsordnung - welcher Rechtsordnung im Einzelfall, ist nach der für die Schuld maßgeblichen kollisionsrechtlichen Regelung zu entscheiden. So muß für den Ausgleichsanspruch unter mehreren Deliktsschuldnern das Deliktsstatut Anwendung finden, denn die Deliktsschuld untersteht dieser Rechtsordnung und nur sie kann bei einer Mehrheit von Deliktsschuldnern deren Ausgleichsansprüche untereinander regeln. Für die Notwendigkeit einer solchen kollisionsrechtlichen Behandlung spricht in diesem Fall ganz allgemein die Tatsache, daß man im Internationalen Privatrecht nicht ohne zwingende Gründe Zusammengehörendes trennen und verschiedenen Rechtsordnungen unterstellen sollte.

Die Zusammengehörigkeit von Delikt und Deliktsschuld mit dem Ausgleichsanspruch mehrerer Deliktsschuldner untereinander kann nicht in Zweifel gezogen werden, sie ergibt sich aus der Natur der Sache. Läßt eine Rechtsordnung mehrere, die ein Delikt begangen haben, in der Weise haften, daß der Geschädigte von einem der Schädiger seinen gesamten Schadensersatzanspruch fordern kann, alle Schädiger im Innenverhältnis jedoch den Schadensersatzanspruch anteilig tragen müssen, so kann man gar nicht umhin, die Zusammengehörigkeit von Ersatzanspruch und Ausgleichsanspruch zu bejahen. Daß diese Ansprüche zusammengehören, ist auch anhand der deutschen Regelung im BGB ersichtlich, die allerdings gerade wegen der Normierung eines Spezialtatbestandes (§ 840 BGB) auf den Ausgleich über die Bereicherungstatbestände verzichten kann.

Damit kommt man in Übereinstimmung mit der von von Caemmerer<sup>36</sup> vertretenen Auffassung für alle als Bereicherungsansprüche ausgestalteten Rückgriffsfälle zur Maßgeblichkeit der die Schuld beherrschenden Rechtsordnung.

#### IV. Verschiedene Varianten der Kondiktionsansprüche

An die bereits erörterten drei Grundtypen der Bereicherungsfälle - der Leistungskondiktion, der Bereicherung aus fremdem Gut und der Rückgriffsfälle - reiht von Caemmerer - wie bereits erwähnt - noch weitere Fallgruppen, die er selbst als "im Grunde Zwischenformen oder auch Varianten" bezeichnet. In der kollisionsrechtlichen Behandlung bieten diese Gruppen keine Sonderprobleme, da, wie im folgenden zu zeigen sein wird, sie stets einem der bereits behandelten Grundtypen entsprechend zu beurteilen sind.

##### 1. Bereicherungsansprüche wegen Verwendungen

Eine Klärung der in dieser Gruppe auftauchenden materiellrechtlichen Fragen ist bisher noch nicht gelungen. Von Caemmerer begnügt sich mit einer Darlegung der Problematik insbesondere im Hinblick auf eine "aufgedrängte Bereicherung", ohne den Versuch einer Lösung der Probleme zu unternehmen; vor allem vermißt man jedoch bei ihm ein Eingehen auf die Frage nach der Unrechtmäßigkeit, aus deren Konkretisierung sich die einzelnen Typen der Bereicherungsansprüche ja erst ergeben.

Eine einheitliche Formel für die Unrechtmäßigkeit aller Bereicherungsansprüche wegen Verwendungen auf fremdes Gut dürfte auch nicht zu finden sein, da die einzelnen Tatbestände von sehr unterschiedlicher Art sind.

Besteht zum Beispiel die Verwendung aus der Verbindung einer eigenen Sache mit der eines anderen, so ist der Vermögenszuwachs des Bereicherten deshalb unrechtmäßig, weil die Verwendung im Widerspruch zum Zuweisungsgehalt des Eigentums erfolgte. Mit dieser Charakterisierung der

Unrechtmäßigkeit wird gleichzeitig offenkundig, daß es sich in diesen Fällen um eine Bereicherung aus fremdem Gut handelt, innerhalb der das zur Entscheidung berufene materielle Recht, also grundsätzlich die *lex rei sitae*, die Besonderheit einer möglicherweise "aufgedrängten Bereicherung" berücksichtigen sollte.

Bestand hingegen die Verwendung darin, daß nicht eine Sache, sondern eigene oder fremde Arbeitskraft auf eine fremde Sache verwendet wurde, so ist dieser Fall kollisionsrechtlich als Leistungskondiktion zu behandeln. Von Caemmerer<sup>37</sup> wendet sich zwar gegen die Anwendung der Regeln der Leistungskondiktion auf die Verwendungsfälle, da man von Leistung nur da sprechen könne, "wo schuldrechtliche Absprachen durchgeführt oder sonstige Ansprüche erfüllt werden sollen". Diese Begrenzung des Begriffes Leistung mag für das materielle Recht besonders im Hinblick auf den Schutz des Bereicherten in Fällen, in denen er die Verwendung nicht wünscht, vielleicht sogar mißbilligt, von Bedeutung sein. Für das Kollisionsrecht ist eine solche Begrenzung des Leistungsbegriffes nicht vertretbar. Wie bereits bei der Erörterung der Gruppe der Leistungskondiktion dargelegt wurde, ist ein Fall der Leistungskondiktion auch dann gegeben, wenn es sich um eine abgeirrte Leistung, zum Beispiel Zahlung an eine falsche Adresse, handelt. Auch in diesen Fällen liegen keine schuldrechtlichen Absprachen oder irgendwelche Ansprüche, die erfüllt werden sollen, vor. Ob nun, wie in den angeführten Fällen, der Leistungsgegenstand in Geld oder Sachen oder im hier behandelten Verwendungsfall in geldwerter Arbeitskraft besteht, ist für das Kollisionsrecht unerheblich. Ein weiteres Argument für die hier vertretene Auffassung dürfte sein, daß es sich sicher um eine Leistungskondiktion handelt, wenn derjenige, der Arbeitskraft auf eine fremde Sache aufwendet, dieses in der irr-tümlichen Annahme tut, dazu vertraglich verpflichtet zu sein.

---

37 von Caemmerer S. 366

Wird sein Handeln irgendwie anders motiviert, so geht dadurch der Leistungscharakter nicht verloren. Die Beachtung der Sonderproblematik der "aufgedrängten Leistung" ist dann der Rechtsordnung überlassen, die mit Hilfe der Charakterisierung dieser Verwendungsfälle als Leistungskondition gefunden wird.

## 2 Unentgeltliche Bereicherung zum Schaden eines anderen

Die Fälle von Kondiktionsansprüchen wegen unentgeltlicher Bereicherung zum Schaden eines anderen bilden zwar materiellrechtlich insofern eine besondere Gruppe, als die Unrechtmäßigkeit für alle Fälle dadurch zu charakterisieren ist, daß ein auf Freigebigkeit beruhender Erwerb ungerechtfertigt erscheint, wenn er sich zum Schaden eines anderen vollzieht<sup>38</sup>, sie erfordern aber keine kollisionsrechtliche Sonderbehandlung.

Die von von Caemmerer zu dieser Gruppe gerechneten Fälle mit bereicherungsrechtlichem Charakter, in denen der Anspruch nur dem Umfange nach nach Bereicherungsrecht beurteilt wird (z. B. §§ 988, 2287, 2329 BGB), sind von vornherein von der Behandlung in diesem Rahmen auszuschließen, da sie Bestandteile dieser speziellen Rechtsgebiete sind.

Für die hier anzustellenden Untersuchungen sind nur die echten bereicherungsrechtlichen Tatbestände von Interesse (§§ 816 Abs. I S. 2 und 822 BGB).

---

38 von Caemmerer S. 369

Der Fall des § 816 Abs. I S. 2 gehört kollisionsrechtlich zur Gruppe der Bereicherung aus fremdem Gut, da diese die Fälle der dem Berechtigten gegenüber wirksamen Verfügung eines Nichtberechtigten enthält. Hat man mit Hilfe der für die Behandlung der Bereicherung aus fremdem Gut gefundenen Prinzipien die für den Bereicherungsanspruch des Berechtigten gegen den Nichtberechtigten anzuwendende Rechtsordnung ermittelt, so muß diese auch entscheiden, ob der Berechtigte gegen denjenigen, der vom Nichtberechtigten unentgeltlich erworben hat, einen Kondiktionsanspruch hat, da der Anspruch des Berechtigten gegen den unentgeltlich bereicherten Dritten im unlösbaren Zusammenhang mit dem Verhältnis des Berechtigten zum Nichtberechtigten steht. Ersichtlich wird dieser Zusammenhang besonders in dem Fall, daß eine Rechtsordnung den Kondiktionsanspruch nicht nur auf die noch vorhandene Bereicherung gehen ließe; hier wäre der entscheidende Grund für die Inanspruchnahme des Dritten durch den Berechtigten nicht gegeben. Aber selbst wenn der Kondiktionsanspruch nur auf die noch vorhandene Bereicherung des Nichtberechtigten geht, kann nur diese Rechtsordnung bestimmen, ob sie das Interesse des Berechtigten oder den an sich ordnungsgemäßen unentgeltlichen Erwerb des Dritten schützen will.

Die Fälle des § 822 BGB bieten kollisionsrechtlich ebenfalls keine Besonderheiten. Allerdings ist die Einordnung aller möglichen Fälle des § 822 BGB in eine der bereits behandelten Hauptgruppen nicht möglich, vielmehr kommt nach Lage des Einzelfalles die Gruppe der Leistungskondiktion oder die der Bereicherung aus fremdem Gut in Betracht.

Ein Käufer, der Besitz und Eigentum an einer von ihm gekauften Sache erworben hat, dessen Rechtserwerb jedoch auf Grund eines nichtigen Kaufvertrages erfolgte, hätte dem Verkäufer Besitz und Eigentum an dem Kaufgegenstand

als Bereicherung herauszugeben. Die auf diesen Anspruch anzuwendende Rechtsordnung ist unter Beachtung der für die Leistungskondition entwickelten Gedanken zu ermitteln. Hat der Käufer jedoch Besitz und Eigentum an der Sache bereits einem anderen unentgeltlich übertragen, so kann nur die Rechtsordnung, die die Leistungskondition des Verkäufers gegen den Käufer beherrscht, berufen sein, für den Fall des Fegfalls der Bereicherung des Käufers durch eine unentgeltliche Zuwendung an einen Dritten die Frage zu regeln, ob und unter welchen Voraussetzungen der Dritte an die Stelle des Käufers treten soll. Es treffen hier dieselben Erwägungen wie für den Fall des § 816 Abs. I S. 2 BGB zu. Darüberhinaus stützt der Fortlaut des Gesetzes (§ 822 BGB) die hier vertretene Auffassung. Das Gesetz fingiert einen Erwerb des Dritten vom Gläubiger, d.h. es schaltet den unentgeltlich Verfügenden aus oder, wie man es auch sehen kann, es läßt den Dritten an die Stelle des Verfügenden treten. Daraus geht besonders klar hervor, daß nicht der Inhalt des Kondiktionsanspruches, sondern nur die Person des Anspruchsgegners geändert werden soll.

Es sind aber auch Fälle des § 822 BGB denkbar, die als Bereicherung aus fremdem Gut zu charakterisieren sind. Ein Nichtberechtigter verfügt - dem Berechtigten gegenüber wirksam - über einen Gegenstand und wendet das durch die Verfügung Erlangte unentgeltlich einem Dritten zu. Kollisionsrechtliche Sonderprobleme entstehen hier ebenfalls nicht. Die Rechtsordnung, die - in Anwendung der für die Bereicherungsansprüche aus fremdem Gut gefundenen Prinzipien - den Kondiktionsanspruch gegen den Verfügenden beherrscht, ist auch für die Entscheidung der Frage zuständig, ob Ansprüche gegen den Dritten gegeben sind, und zwar auf Grund derselben Gedankengänge, wie sie bereits in den vorangegangenen Fällen unentgeltlicher Bereicherung zum Schalen eines anderen angestellt worden sind.

### 3. Der Versionsanspruch

Dieser Typus der ungerechtfertigten Bereicherung ist dem geltenden deutschen Recht fremd; da jedoch andere Rechtsordnungen diesen Anspruch kennen, sei hier auf seine kollisionsrechtliche Behandlung eingegangen.

Von Caemmerer<sup>39</sup> will die Frage, ob ein Versionsanspruch gegen den aus einem Vertrage begünstigten Dritten gegeben ist, nach dem Recht beurteilen, "das die Beziehungen zwischen dem Dritten und seinem Vertragspartner beherrscht". Diese Auffassung ist abzulehnen.

Würde man nämlich der Auffassung von Caemmerers folgen, so hätte es der eine Vertragspartner und der Dritte in der überwiegenden Zahl aller Fälle in der Hand, dem anderen Vertragspartner einen Versionsanspruch zu gewähren oder nicht, sie müßten nur für ihre Beziehungen die entsprechende Rechtsordnung wählen.

Es spricht aber auch gegen die Auffassung von Caemmerers, daß bei Abschluß eines Vertrages die Vertragspartner wissen müssen, ob die Ansprüche im Zusammenhang mit diesem Vertrag, also auch eventuelle Bereicherungsansprüche, nur zwischen ihnen oder auch zwischen ihnen und einem aus dem Vertrage begünstigten Dritten bestehen. Daß eine solche Klarheit bereits beim Abschluß des Vertrages vorhanden sein muß, soll folgende Überlegung zeigen: Weiß man, daß ein Kredit, den man einem anderen gewähren soll, einem Dritten zugute kommen wird, so wird man sich um die Kreditwürdigkeit seines Vertragspartners nicht so sehr kümmern müssen, wenn der Dritte solvent ist und mit dem Versionsanspruch gegen ihn vorgegangen werden kann. Besteht jedoch schon beim Abschluß des Vertrages Klarheit darüber, daß man sich nicht an den Dritten halten kann, so muß die Kreditwürdigkeit des Vertragspartners eben mit besonderer Sorgfalt geprüft werden.

Schon daraus darf gefolgert werden, daß nur die den ursprünglichen Vertrag beherrschende Rechtsordnung entscheiden kann,

---

39 von Caemmerer S. 388

ob den Vertragspartnern ein Versionsanspruch zusteht oder nicht.

Sind die Beziehungen zwischen dem einen Vertragspartner und dem Dritten überhaupt keine echten Rechtsbeziehungen, weil beispielsweise nur reine Gefälligkeit vorliegt, so würde die von von Caemmerer vertretene Anknüpfung an das die Beziehungen zwischen dem Vertragspartner und dem Dritten beherrschende Recht in Ermangelung eines solchen ebenfalls versagen.

Weiter steht von Caemmerers Lösung auch im Widerspruch zu seiner Charakterisierung der Unrechtmäßigkeit der Bereicherung, die er für den Versionsanspruch darin sieht, daß "die noch nicht bezahlte Vertragsleistung einem Dritten zugute kommt"<sup>40</sup>.

Darin kommt klar zum Ausdruck, daß das Schwergewicht des Versionsanspruches nicht auf dem Verhältnis des Dritten zu dem einen Vertragspartner, sondern auf dem ursprünglichen Vertrag liegt; dieser Vertrag ist gestört und deshalb wird ein Ausgleich über den Versionsanspruch gewährt.

Auch der Versionsanspruch macht über die für die kollisionsrechtliche Behandlung der Kondiktionsfälle als ausreichend erkannten drei Grundtypen hinaus die Bildung eines Sondertypus nicht erforderlich, er ist vielmehr der Gruppe der Leistungskondiktion zuzurechnen.

Daß es sich hier um eine Leistungskondiktion handelt, ist schon aus der Charakterisierung der Unrechtmäßigkeit zu entnehmen. Das Vertragsverhältnis ist, wie von Caemmerer es ausdrückt, gestört, wenn die noch nicht bezahlte Vertragsleistung einem Dritten zugute kommt. Der Versionsanspruch ist also im Bereich der Güterbewegung ebenso eine Ergänzung und ein Störungskorrektiv wie die übrigen Leistungskondiktionen. Die besondere materiellrechtliche

Problematik dieses Anspruches ist für seine kollisionsrechtliche Behandlung ohne Interesse. Ob ein Versionsanspruch gegeben ist und bejahendenfalls wie er ausgestaltet ist, muß die auf dem erörterten Wege gefundene Rechtsordnung entscheiden.

#### 4. Bereicherung durch unerlaubte Handlung

Die materiellrechtliche Frage, ob das durch eine unerlaubte Handlung Erlangte auch dann eine ungerechtfertigte Bereicherung ist, wenn nicht die Voraussetzungen der §§ 812 ff BGB gegeben sind, ist noch nicht entschieden. Von Caemmerer<sup>41</sup> verneint sie. Gute Gründe, nicht zuletzt das Gesetz selbst (§ 852 Abs. II BGB), sprechen für seine Auffassung. Die herrschende Meinung<sup>42</sup> hingegen bejaht diese Frage. Da weder die Auffassung von Caemmerers noch die der herrschenden Meinung für die kollisionsrechtliche Behandlung der Kondiktionsansprüche Besonderheiten mit sich bringt, kann in diesem Rahmen auf eine Stellungnahme zu den materiellrechtlichen Problemen verzichtet werden.

Gibt man der Auffassung von Caemmerers den Vorzug, so können besondere kollisionsrechtliche Probleme überhaupt nicht auftauchen, da Bereicherungsfälle durch unerlaubte Handlung nicht gegeben sind. Selbstverständlich gewährt von Caemmerer neben einem Deliktsanspruch auch einen Bereicherungsanspruch, wenn die Voraussetzungen des allgemeinen Bereicherungsrechts (§§ 812 ff BGB) gegeben sind.

---

41 von Caemmerer S. 395 ff

42 vgl. Gramm in Palandt Anm. 5 zu § 852 BGB; Oegg in BGB-RGRK Anm. 8 zu § 852 BGB; Drees in Erman Anm. 5 zu § 852 BGB

Diese mit Deliktsansprüchen konkurrierenden Kondiktionsansprüche stellen jedoch keinen Sondertypus von Bereicherungsfällen dar, sie gehören vielmehr zu den bereits behandelten Grundtypen.

Die herrschende Meinung muß die Bereicherung durch unerlaubte Handlung wegen des Verzichts auf das Vorliegen der Voraussetzungen des allgemeinen Bereicherungsrechts als einen Kondiktionsfall kraft besonderer gesetzlicher Bestimmung ansehen. Nicht das allgemeine Bereicherungsrecht, das nur über den Umfang des Anspruches entscheiden soll, sondern eine spezielle Norm des Deliktsrechts normiert den Anspruch. Diese Stellung des Anspruches im Zusammenhang mit seinem Zweck, deliktische Ansprüche zu regulieren, macht es erforderlich, ihn dem Deliktsrecht zuzuordnen. Daran ändert auch nichts das bereicherungsrechtliche Element, das ihm durch die den Umfang der Haftung bestimmenden Bereicherungs Vorschriften innewohnt. Die Zuordnung dieses Anspruches in das Deliktsrecht liegt auf der gleichen Ebene wie die Behandlung anderer Ansprüche, auf die die allgemeinen Bereicherungs Vorschriften für den Umfang der Haftung kraft ausdrücklicher Gesetzesvorschrift entsprechend anzuwenden sind, wie z. B. die bereits erwähnten und zum Erbrecht gehörenden Fälle der §§ 2287, 2329 BGB. Diese Ansicht stimmt mit der Auffassung Raapes<sup>43</sup> überein, der die Ansprüche, "die nicht wegen Bereicherung, sondern in Höhe der Bereicherung" gegeben sind, aus dem Problemkreis der kollisionsrechtlichen Behandlung der Kondiktionsansprüche ausschließt und sie den speziellen Rechtsgebieten zuweist, in die sie ihrem Inhalte nach gehören.

Muß man den erörterten Anspruch dem Deliktsrecht zurechnen, so kann nur das auf eine unerlaubte Handlung anzuwendende Deliktsrecht entscheiden, ob es das durch eine solche Handlung Erlangte als eine ungerechtfertigte Bereicherung

---

43 Raape S. 530

ansehen will. Eine besondere, die kollisionsrechtliche Behandlung der Kondiktionsansprüche betreffende Problematik liegt also, die herrschende Meinung als richtig unterstellt, ebenfalls nicht vor.

#### V. Sonderfragen einer soziologischen Einbettung

Eine Abweichung von den allgemeinen Anknüpfungsprinzipien der Kondiktionsansprüche befürwortete von Bar<sup>44</sup> - wie bereits erwähnt - für den Fall, "daß A und B sich als Angehörige des Staates X kennen und gemeinsam eine Reise in den Staat Y unternehmen". Auch nach der Auffassung Kegels<sup>45</sup>, die ebenfalls schon im Rahmen des Anknüpfungsprinzips der *lex patriae* behandelt wurde, soll das Recht des gemeinsamen Personalstatuts über Kondiktionsansprüche entscheiden, wenn sich Personen gleichen Personalstatuts vorübergehend im Ausland aufhalten. In den vorangegangenen Untersuchungen (vgl. vorn S. 23 ff) wurde bereits festgestellt, daß nicht das gemeinsame Personalstatut eine derartige Sonderbehandlung rechtfertigen kann.

Aufgabe der folgenden Betrachtungen wird es sein, darzulegen, daß es sich bei dem aufgeworfenen Problem überhaupt nicht um eine Besonderheit der kollisionsrechtlichen Behandlung der Kondiktionen handelt. Das Problem liegt auf ganz anderem Gebiet.

---

44 von Bar, Theorie und Praxis S. 124

45 Kegel, Lehrbuch, S. 215, in Soergel-Siebert Anm. 267 vor Art. 7 EGBGB

Die von v. Bar und Kegel angestrebte Sonderbehandlung der Ansprüche, die bei natürlicher Betrachtung einer anderen Rechtsordnung näher zu stehen scheinen als der, die durch Anwendung des bereits gefundenen Anknüpfungsprinzips der *lex causae conditionis* ermittelt wird, ist nur mit dem von Binder<sup>46</sup> für das Deliktsrecht entwickelten Prinzip der soziologischen Einbettung zu erklären.

Unter soziologischer Einbettung versteht Binder<sup>47</sup> die Betrachtung einer Tat "als eine Erscheinung ihrer gesamten Umwelt, im Zusammenhang mit dem sozialen Milieu, in dem sie wurzelt oder in das sie eingebettet ist". Nun ist aber nicht nur die unerlaubte Handlung eine Erscheinung ihrer Umwelt, sondern auch die erlaubte; man kann sogar so weit gehen und in jedem menschlichen Verhalten eine Beziehung zu einer Umwelt sehen.

Unter Anwendung der soziologischen Einbettung könnte man daran denken, das Anknüpfungsprinzip der *lex causae conditionis* dann zu durchbrechen, wenn der Tatbestand, der zu dem Kondiktionsanspruch geführt hat, in näheren Beziehungen zu einer anderen Rechtsordnung als der der *causa* steht. Ein solches Vorgehen ist jedoch unvereinbar mit den Gründen, die zur Anknüpfung der Kondiktionsansprüche an die *lex causae conditionis* geführt haben. Es war gerade das Ziel der bisherigen Erörterungen darzulegen, daß man dem Wesen und der Funktion der Kondiktionsansprüche nur dadurch gerecht wird, daß man sie der *lex causae conditionis* unterstellt. Eine Abkehr von diesem Anknüpfungsprinzip - wenn auch nur für wenige besondere Fälle - ist nicht möglich und auch nicht erforderlich, denn die soziologische Einbettung darf nicht erst bei dem Kondiktionsanspruch zum Tragen kommen, sondern muß bereits bei der Bestimmung der Rechtsordnung beachtet werden, die die Vermögensverschiebung, die Ursache des Kondiktionsanspruches

---

46 Binder S. 401 ff

47 Binder S. 480

ist, beherrscht hat.

Betrachtet man die im Kollisionsrecht zur Bestimmung dieser Rechtsordnung verwendeten Prinzipien und Methoden, so muß man feststellen, daß ohne Verwendung des Begriffes der soziologischen Einbettung seine Grundgedanken bereits Beachtung gefunden haben. Bei der Ermittlung des Schuldstatuts geht man in Ermangelung ausdrücklicher Parteivereinbarungen nicht mehr schematisch vom Erfüllungsort, vom Abschlußort oder vom Wohnsitz aus, sondern berücksichtigt als hypothetischen Parteiwillen<sup>48</sup> die der soziologischen Einbettung zugrunde liegenden Gedanken. Auch das Prinzip der *lex rei sitae* erfährt, wie bereits im Rahmen der *res in transitu* erörtert, Abweichungen, die ihren Grund in der soziologischen Einbettung haben.

Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Es genügt festzustellen, daß die soziologische Einbettung keine kollisionsrechtlichen Sonderprobleme für die Behandlung der Kondiktionsansprüche ergibt, sondern bereits bei der diesen Ansprüchen vorgegebenen Bestimmung der Rechtsordnung zu beachten ist, der die als Ursache der Kondiktionsansprüche anzusehende Vermögensverschiebung unterstand.

---

48 vgl. Raape S. 473 ff

### Zusammenfassung

Als Ergebnis der vorangegangenen Untersuchungen ist festzuhalten:

Die Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung sind an die *lex causae condictiois* anzuknüpfen.

Wegen der Verschiedenartigkeit der Bereicherungsfälle muß die *lex causae condictiois* unter Anwendung der in der modernen Zivilrechtsdogmatik vertretenen Aufgliederung der Konditionen konkretisiert werden;

dafür ist eine Aufgliederung in Leistungskondition, Bereicherung aus fremdem Gut und Rückgriffsfälle erforderlich.

Die *Leistungskonditionen* sind der Rechtsordnung zu unterstellen, der die Leistung selbst unterstand;

im Falle der *abgeirrten* Leistung muß die Rechtsordnung am Wohnsitz oder der Niederlassung des Empfängers entscheiden.

Ansprüche wegen *Bereicherung aus fremdem Gut* sind an die *lex rei sitae* anzuknüpfen; ist das fremde Gut eine *res in transitu*, so ist die Rechtsordnung anzuwenden, zu der die Sache die stärksten Beziehungen hat;

beruht die Bereicherung aus fremdem Gut auf Verfügungen eines Nichtberechtigten über ein Recht, so entscheidet über diesen Kondiktionsanspruch die die Verfügung des Nichtberechtigten beherrschende Rechtsordnung.

R ü c k g r i f f s f ä l l e in der Form von Berei-  
cherungsansprüchen unterstehen der Rechtsordnung, die  
die Schuld beherrscht, wegen der der Rückgriff erfolgt.

# Abkürzungen

|              |                                                                                                                                                             |
|--------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| A. C.        | Law Reports, Appeal Cases                                                                                                                                   |
| AcP          | Archiv für die Civilistische Praxis                                                                                                                         |
| EGE          | Bundesgerichtsentscheidungen, amtliche Sammlung                                                                                                             |
| EGH          | Bundesgerichtshof                                                                                                                                           |
| EöHmsZ       | Zeitschrift für internationales Privat- und Strafrecht                                                                                                      |
| HansRGZ      | Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitung                                                                                                                    |
| IPR          | Internationales Privatrecht                                                                                                                                 |
| IPRspr       | Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts (Sonderhefte der Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht) |
| JW           | Juristische Wochenschrift                                                                                                                                   |
| LG           | Landgericht                                                                                                                                                 |
| L. Q. R.     | The Law Quarterly Review                                                                                                                                    |
| LZ           | Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht                                                                                                                   |
| NF           | Neue Folge                                                                                                                                                  |
| NJW          | Neue Juristische Wochenschrift                                                                                                                              |
| ÖJZ          | Österreichische Juristen Zeitung                                                                                                                            |
| OGH          | Oberster Gerichtshof                                                                                                                                        |
| OLG          | Oberlandesgericht                                                                                                                                           |
| PIL          | Private International Law                                                                                                                                   |
| Q. B.        | Queen's Bench Reports                                                                                                                                       |
| RG           | Reichsgericht                                                                                                                                               |
| RGZ          | Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen                                                                                                            |
| ROHG         | Reichsoberhandelsgericht                                                                                                                                    |
| Seuffr.Arch. | J.A. Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten                                                                     |
| SJZ          | Süddeutsche Juristen Zeitung                                                                                                                                |
| EZ           | Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivil- und Justizverwaltungssachen                                                            |
| WarnR        | Warneyer, Die Rechtsprechung des Reichsgerichts                                                                                                             |
| WM           | Wertpapier-Mitteilungen                                                                                                                                     |
| ZauslR       | Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht                                                                                               |
| ZfRV         | Zeitschrift für Rechtsvergleichung                                                                                                                          |
| ZSR          | Zeitschrift für Schweizerisches Recht                                                                                                                       |

Schrifttum

- Balastér Die ungerechtfertigte Bereicherung im Internationalen Privatrecht, Winterthur 1955
- von Bar Lehrbuch des internationalen Privat- und Strafrechts, Stuttgart 1892
- Barazetti Theorie und Praxis des internationalen Privatrechts, II. Bd. Hannover 1889
- Bartin Das Internationale Privatrecht im Bürgerlichen Gesetzbuche für das Deutsche Reich, Hannover 1897
- Bartin Principes de droit international privé, I. Bd. Paris 1930
- Beale A Treatise on the Conflict of Laws, II. Bd. New York 1935
- Becker Kommentar zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Bd. V, 1. Abteilung Bern 1941
- Binder Zur Auflockerung des Deliktsstatuts in ZauslR 1955 S. 401 ff
- Böhm Die räumliche Herrschaft der Rechtsnorm, Erlangen 1890
- Bolla Grundriß des österreichischen Internationalen Privatrechts, Wien 1952
- Bydlinski Anmerkung zum Urteil des österreichischen Obersten Gerichtshofes vom 24. Juni 1959 in ZfRV 1961 S. 22 ff
- von Caemmerer Bereicherung und unerlaubte Handlung, in Festschrift für Ernst Rabel I. Bd. S. 333 ff
- Cosack Lehrbuch des Deutschen bürgerlichen Rechts, I. Bd. 2. Aufl. Jena 1899 und 7. Auflage Jena 1922
- Dawson Unjust Enrichment, Boston 1951
- Dicey Conflict of Laws - herausgegeben von Morris u. a. - 7. Aufl. London 1958
- Enneccerus-Lehmann Recht der Schuldverhältnisse, Tübingen 1958
- Erman Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 2. Aufl. Münster (Westf.) 1958
- Falconbrigde Essays on the Conflict of Laws, 2. Aufl. Toronto, Ontario 1954
- Frankenstein Internationales Privatrecht II. Bd. Berlin 1929
- Projet d'un Code européen de droit international privé in Bibliotheca Visseriana Bd. 16 Leiden 1950

- Fritzsche Die örtliche Rechtsanwendung auf dem Gebiet des Obligationenrechts in ZSR NF Bd. 44 (1925) S. 220a ff
- von Gierke Deutsches Privatrecht I. Bd. Leipzig 1895
- Gutterigde-Lipstein Conflicts of Law in Matters of Unjustifiable Enrichment, in The Cambridge Law Journal VII. Bd. London 1941 S. 80 ff
- Gutzwiller Internationalprivatrecht, in Stammler: Das gesamte deutsche Recht, Berlin 1931
- Jung Die Bereicherungsansprüche und der Mangel des "rechtlichen Grundes", Leipzig 1902
- Kegel Internationales Privatrecht, München, Berlin 1960
- Köhler Das internationale Privatrecht Österreichs, Wien 1959
- Kötter Zur Rechtsnatur der Leistungskondition, in AcP 153. Bd. 1954 S. 193 ff
- Krawielicki Grundlagen des Bereicherungsanspruches Breslau 1936
- Lapradelle-Niboyet Répertoire de droit international, Bd. 10 Paris 1959
- Lerebours-Pigeonnière Droit international privé, Paris 1959
- Lewald Das Deutsche Internationale Privatrecht auf Grundlage der Rechtsprechung, II. Heft, Leipzig 1931
- von Mayr Der Bereicherungsanspruch des deutschen bürgerlichen Rechtes, Leipzig 1903
- Meili Das internationale Civil- und Handelsrecht, II. Bd. Zürich 1902
- Melchior Die Grundlagen des deutschen internationalen Privatrechts, Berlin und Leipzig 1932
- Mommsen Wie ist in dem bürgerlichen Gesetzbuch für Deutschland das Verhältnis des inländischen Rechts zu dem ausländischen zu normieren? in AcP Bd. 61 (1878) S. 149 ff
- Morris The Choice of Law Clause in Statutes, in L. Q. R. Bd. 62, London 1946, S. 170 ff
- Munkman The Law of Quasi-Contracts, London 1950
- Neubecker Internationales Privatrecht auf deutsch-rechtlicher Grundlage, in Jahrbuch für den Internationalen Rechtsverkehr, München 1912

- Neumann Internationales Privatrecht in Form eines  
Gesetzentwurfes nebst Motiven und Materia-  
lien, Berlin 1896
- Neumeyer, K. Internationales Privatrecht, 2. Aufl.  
München, Berlin, Leipzig 1930
- Neuner Die Beurteilung gegenseitiger Verträge  
nach dem Rechte des Schuldners, in ZauslR  
1928 S. 108 ff
- Niboyet Traité de droit international privé français,  
Bd. V, Paris 1948
- Niederer Einführung in die allgemeinen Lehren des  
internationalen Privatrechts, Zürich 1954
- Niemeyer Vorschläge und Materialien zur Kodifikation  
des Internationalen Privatrechts, Leipzig  
1895  
Zur Vorgeschichte des Internationalen Pri-  
vatrechts im Deutschen Bürgerlichen Gesetz-  
buch. ("Die Gebhardtschen Materialien".)  
München, Leipzig 1915
- Nussbaum Deutsches Internationales Privatrecht,  
Tübingen 1932
- Oser-Schönenberg Kommentar zum Schweizerischen Zivilgesetz-  
buch, Bd. V/1, 2. Auflage, Zürich 1929
- Palandt Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch,  
21. Auflage, München, Berlin 1962
- Protokolle der Kommission für die zweite  
Lesung des Entwurfes des Bürgerlichen Ge-  
setzbuchs, Bd. VI, Berlin 1899
- Raape Internationales Privatrecht  
2. Aufl. Berlin 1945  
5. Aufl. Berlin, Frankfurt a. M. 1961
- Rabel Das Problem der Qualifikation, in ZauslR  
1931 S. 241 ff  
The Conflict of Laws, Bd. III, Chicago 1950
- Regelsberger Pandekten, I. Bd., Leipzig 1893
- Reichsgerichtsräte-Kommentar = Das Bürger-  
liche Gesetzbuch, Kommentar hrsg. von Reichs-  
gerichtsräten und Bundesrichtern, II. Bd.,  
Teil 2, 10. Aufl., Berlin 1953
- Sauser-Hall Le droit applicable aux obligations en droit  
international privé, in ZSR NF Bd. 44 (1925)  
S. 271 a ff
- Savatier Cours de droit international privé, Paris  
1953

- Savigny                    System des heutigen Römischen Rechts,  
8. Bd. Berlin 1849
- Schaeffner                Entwicklung des internationalen Privat-  
rechts, Frankfurt a. M. 1841
- Scheyhing                Leistungskondition und Bereicherung "in  
sonstiger Weise", in AcP Bd. 157, 1958/1959
- Schnitzer                Handbuch des Internationalen Privatrechts,  
4. Aufl. Basel 1958
- Serick                    Die Sonderanknüpfung im Internationalen  
Privatrecht, ZauslR 1953 S. 642 ff
- Soergel-Siebert        Bürgerliches Gesetzbuch, V. Bd. 9. Aufl.  
Stuttgart 1961
- Staudinger               Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Bd. II  
4. Teil, 3. Lieferung, 11. Aufl. Berlin 1960
- Valery                    Manuel de droit international privé, Paris  
1914
- Walker                   Internationales Privatrecht, 5. Aufl. Wien  
1934
- Wengler                  Die Vorfrage im Kollisionsrecht, in ZauslR  
1934 S. 229 ff
- Westermann              Sachenrecht, 4. Aufl. Karlsruhe 1960
- Wilburg                  Die Lehre von der ungerechtfertigten Be-  
reicherung nach österreichischem und deut-  
schem Recht, Gratz 1934
- Williams                The Law Reform (Frustrated Contracts) Act,  
1943  
in The Modern Law Review Bd. 7, 1943 S. 66 ff
- Wolff, K.                Grundriß des österreichischen bürgerlichen  
Rechts, 4. Aufl. Wien 1948
- Wolff, M.                Das Internationale Privatrecht Deutschlands,  
3. Aufl., Berlin, Göttingen, Heidelberg  
1954  
Private International Law, 2. Aufl. Oxford  
1950
- Zitelmann               Internationales Privatrecht, II. Bd. München,  
Leipzig 1912
- Zweigert                Bereicherungsansprüche im internationalen  
Privatrecht, in SJZ 1947 S. 247 ff

## L e b e n s l a u f

Am 16. Juni 1932 wurde ich als Sohn des Kaufmanns Otto Knoch und seiner Ehefrau Helene, geb. Kreiseler in Magdeburg geboren. Nach dem Schulbesuch in Magdeburg legte ich am 7. Juni 1951 an der Otto-von-Guericke-Schule zu Magdeburg die Reifeprüfung ab.

Mit dem Studium der Rechtswissenschaft begann ich im Wintersemester 1951/52 an der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena. Nach Schluß des Sommersemesters 1952 wurde ich dort aus kaderpolitischen Gründen relegiert. Im Wintersemester 1953/54 nahm ich das Studium der Rechtswissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wieder auf. Seit dem Wintersemester 1955/56 studierte ich an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster und bestand am 25. August 1958 das erste juristische Staatsexamen vor dem Justizprüfungsamt bei dem Oberlandesgericht in Hamm (Westf.).

Zur Zeit leiste ich meinen Vorbereitungsdienst als Referendar in dem Oberlandesgerichtsbezirk Hamm (Westf.) ab.







